

Dr. Emminger:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich möchte Sie sehr herzlich hier im Zentralbankrat begrüßen und Ihnen danken, daß Sie hierher gekommen sind, um die politischen und wirtschaftspolitischen Beweggründe Ihrer europapolitischen Initiative für das neue Währungssystem darzulegen und um auch uns auf diese Weise Gelegenheit zu geben, Meinungen hierzu zu äußern und Fragen zu stellen. Ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß dies gewissermaßen ein historisches Ereignis ist; denn es ist jetzt 28 Jahre her, seitdem ein Bundeskanzler an einer Sitzung des Zentralbankrats teilgenommen hat, und zwar im Oktober 1950 auf dem Höhepunkt der Koreakrise und der Koreainflation. Es war damals Bundeskanzler Adenauer. Aber es ist jetzt das erste Mal, daß ein Bundeskanzler im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank anwesend ist, da die Bundesbank erst 1958 ins Leben getreten ist. Ich darf aber hinzufügen, Herr Bundeskanzler, daß es nicht das erste Mal ist, daß Sie persönlich in diesem Kreise sind; Sie waren in Ihrer Eigenschaft als Bundesfinanzminister einige Male hier, aber das liegt nun schon 5 Jahre zurück. Man kann wohl auch sagen, daß der Anlaß für Ihren Besuch von historischer Bedeutung ist, denn es geht ja um die Vorbereitung oder ein Vorgespräch für die Gipfelkonferenz nächste Woche in Brüssel, wo so oder so historische Weichen gestellt werden. Umso mehr freut es uns und sind wir dankbar, daß wir hier vor dieser Gipfelkonferenz Gelegenheit haben, Sie bei uns zu hören. Ich möchte auch Herrn Dr. Schulmann herzlich begrüßen. Er hatte einen großen Anteil an der Vorbereitung zu dieser historischen Entwicklung, wie uns allen bekannt ist. Ich glaube, es wäre das beste, Herr Bundeskanzler, wenn Sie uns zur Einleitung der Diskussion Ihre Sicht der Dinge darlegen würden.

Bundeskanzler Schmidt:

Sehr herzlichen Dank. Lieber Herr Emminger, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank zunächst für die Einladung. Ich bin in anderer Lage als Adenauer vor 28 Jahren, ich habe keine Wünsche an Sie. Wohl aber liegt mir daran, Ihnen Hintergründe, die politischen Hintergründe dessen, was wir hier gemeinsam ins Werk setzen, aus meiner Sicht vorzustellen, auch aus der Sicht meines Freundes Giscard, und Ihnen auch die Zielsetzungen und Hoffnungen, die wir mit dem ganzen Unternehmen verbinden, vor Augen zu führen. Ich will hier genau so offen reden wie im Kabinett, das heißt, daß vieles von dem, was ich hier sage, nicht nach außen dringen darf. Aus internationaler Rücksicht bitte ich Sie, für mein Ersuchen um Diskretion Verständnis zu haben. Der Zentralbankrat, insbesondere der Präsident und der Vizepräsident der Bundesbank, haben ja entscheidend dazu beigetragen, daß das nun nächste Woche am Montag oder Dienstag in Brüssel unter Dach und Fach kommen wird. Es wird sich ja - juristisch gesprochen - weitgehend um ein Abkommen unter Notenbanken handeln, abgesehen von gewissen Konsultationsmechanismen innerhalb des Römischen Vertrages, die schon stattgefunden haben bzw. am Montag und Dienstag noch stattfinden werden. Im wesentlichen also ein Abkommen unter Notenbanken, und so wie die Vertragsentwürfe jetzt schriftlich vorliegen mit zwei oder drei offenen Punkten, auf die vielleicht hinterher noch ein Wort verwendet werden kann, von mir aus aber nicht eingegangen werden muß, weil ich sie alle ohne große Schwierigkeiten und ohne besondere Opfer für lösbar halte. Wenn das alles im wesentlichen schriftlich ausgearbeitet vorliegt, ist das ganz wesentlich der Arbeit der Bundesbank oder ihrer Spitze in aller ihrer Autonomie mit zu verdanken. Die Bundesbank wird ja auch in Zukunft bei den Entscheidungen, die etwa zu treffen sein werden, eine tragende Rolle spielen. Jedenfalls wird es kaum vor zwei, ich möchte eher glauben kaum vor drei oder vier Jahren zu einer völkerrechtlichen Qualität in dieser Sache kommen; eine Ergänzung der Römischen Verträge oder ein besonderes Vertragswerk sehe ich

in diesem Jahrzehnt nicht, und bis dahin wird es also ganz wesentlich eine Sache der Notenbanken sein. Für mich steht dabei die unabhängige Stellung der deutschen Zentralbank außerhalb jeder Diskussion. Das werde ich auch dem Deutschen Bundestag nächste Woche Mittwoch noch einmal sagen, wenn ich direkt aus Brüssel heimkehrend dem Parlament berichten werde über das, was wir begonnen haben.

Der erste Punkt, den ich Ihnen gegenüber hervorheben möchte ist, daß es hier darum geht, den Gemeinsamen Markt überhaupt zu retten. Der Gemeinsame Markt ist Grundlage und Kernstück der Europäischen Gemeinschaft. Er hat die ungeheuere Entfesselung des ökonomischen Potentials erst ermöglicht, die in den letzten 20 Jahren stattgefunden hat, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den übrigen Teilnehmerländern. Die europäische Wirtschaft hat die sich ergebenden Chancen genutzt, das hat niemand 1957 oder 1960 so vorausgesehen. Der Anteil der Ausfuhr in die Länder der Gemeinschaft betrug damals 1958 nur 5 % der Bruttoinlandsprodukte, heute liegt er bei 12 % oder 13 %, und heute wickeln die Partner der Europäischen Gemeinschaft 50 % ihres Außenhandels innerhalb des Gemeinsamen Marktes ab. Also ein ganz natürlicher Trend, der sich über die 20 Jahre aufgrund der Gemeinsamkeit des Marktes, aufgrund der immer weniger werdenden Bedeutung der Grenzen ergeben hat. Aber erschreckend ist, daß seit 1973, seitdem die Währungsturbulenzen sich überall voll bemerkbar machen für die Firmen - am schlimmsten bemerkbar für die mittleren und kleineren Firmen, die hinsichtlich der Abdeckung von Kursrisiken natürlich unendlich viel größere Schwierigkeiten haben als die z.B. Farben-nachfolger - der innergemeinschaftliche Warenaustausch nur noch langsamer gewachsen^{ist} als der Welthandel. Für mich tief erschreckend ein Trend, der sich nun schon im fünften Jahr fortsetzt, weil die innergemeinschaftlichen Unsicherheiten offensichtlich stärker wirken als diejenigen, die über die Grenzen des Gemeinsamen Marktes hinausgehen. Dies ist eine weitgehende Verunsicherung der mittleren Unternehmen, für die besser kalkulierbare, zumindest

stabilere Wechselkurse innerhalb des Gemeinsamen Marktes eine notwendige Voraussetzung sind. Dies hat man bei der Schaffung der Römischen Verträge in den Jahren 56/57 für selbstverständlich gehalten. Niemand hat, weder auf seiten der beteiligten Wirtschafts- und Finanzminister noch der Zentralbanken, noch der Regierungschefs, weder Adenauer noch de Gasperi oder wer sonst beteiligt war, keiner hat sich vorgestellt, daß innerhalb des Gemeinsamen Marktes gegeneinander floatende Wechselkurse bestehen können.

Es ist eine vollständige Veränderung der Voraussetzungen, unter denen der Gemeinsame Markt geschaffen worden ist. Wenn es nicht gelingen sollte, einigermaßen diese damalige selbstverständliche Voraussetzung des Gemeinsamen Marktes wiederherzustellen, dann werden die Schlangenmitglieder und die Außenfloater weiter auseinanderdriften, und das wird nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch auf längere Sicht den politischen Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaft in Frage stellen. Und ich meine, was ich sage, mit dem politischen Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaft. Sie müssen sich ja nur die innenpolitische Entwicklung in einigen Gemeinschaftsländern anschauen. Ich habe einen Freund in Italien, der heißt Julio Andreotti, ich darf nicht erzählen, was er mir jedesmal an Sorgen ausbreitet über seine innenpolitische Landschaft. Aber nur die Nennung seines Namens und die Vorstellung der innenpolitischen Verhältnisse dort muß eigentlich für jeden von uns genügen, um sich vorzustellen, daß wenn das weiter auseinanderfloatet, niemand Italien im politischen Verbund halten kann. Was das im Verhältnis zu Jugoslawien und zur Sowjetunion, zur Situation des Mittelmeerraumes bedeuten könnte, muß ich hier nicht ausmalen.

Die innenpolitische Landschaft in England sieht in gleicher Weise gefährlich aus. Was den Willen angeht, den festen Willen zum Verbleib innerhalb des politischen Verbundes der Europäischen Gemeinschaft, so können Sie auch alles selbst aus der Lektüre der Zeitungen entnehmen. Wer ab und zu einmal in London ist, spürt es auch dort. Die Engländer haben sich aber angewöhnt, für die ökonomische Misere ihres Landes einen scape goat, einen Sündenbock, in der Europäischen Gemeinschaft gefunden zu haben und auf den einzuschlagen. Und nichts fällt politischen Führern in England leichter, als diesen Sündenbock immer mal wieder zu benutzen, und eines Tages kann dies dazu führen, daß sich die Zugehörigkeit zu Europa auflöst. Dies sind die beiden Länder, die mir in bezug auf den festen Verbund mit der Europäischen Gemeinschaft am meisten Sorgen machen. Das war übrigens eine Bemerkung, die ich keineswegs öffentlich wiederholen könnte, die ich abstreiten würde, gemacht zu haben. Aber ich bitte Sie zu verstehen, daß mich dies mit tiefer Sorge erfüllt, und zwar nicht erst seit ein oder zwei Jahren. Ich habe vor einiger Zeit, ich glaube es ist drei Jahre her, auf einem englischen Parteitag, eine tiefe anti-europäische Grundstimmung der dortigen Regierungs-Partei antreffend, vorübergehend durch eine Reihe von Bonmots, rhetorischen Tricks und freundlichem Einfühlungsvermögen, das mir ab und zu ausnahmsweise gelingt, über die Runden helfen können, aber das kann man ja nicht jederzeit wiederholen.

Und was nun das Verhältnis zu den beiden Kernländern der Gemeinschaft angeht, Frankreich und Deutschland, sie können auf die Dauer das Rückgrat der Gemeinschaft nur bilden, wenn sie nicht zwei verschiedenen Währungsräumen angehören, oder positiv ausgedrückt: Nur wenn sie einem gemeinsamen Währungsraum angehören, kann man erwarten, daß dieser politische Stabilitätskern, Stabilisierungskern der Gemeinschaft, Effizienz behält. Bei alledem sind die Risiken dieses europäischen Währungssystems nicht zu übersehen, sie dürfen nicht unterschätzt werden. Es gibt da schlimme Übertreibungen je nach der nationalen Brille. Die einen schwätzen von der Inflationsgemeinschaft, die anderen, Engländer, Italiener insbesondere, schwätzen von der Deflationsgemeinschaft, die dort effektuert würde und ihre ganzen Volkswirtschaften deroutieren würde. Das sind beides schlimme Übertreibungen, aber ich wiederhole den Anfangssatz: Die Risiken dürfen nicht unterschätzt werden, wie wir hier gemeinsam meinen. Es gibt aber Risiken, die nicht nur im Handeln liegen, es gibt große Risiken, die im Nicht-Handeln liegen. Und wenn man nichts tut, so wird es so gehen wie mit dem gemeinsamen Agrarmarkt, den es schon lange nicht mehr gibt, der heißt nur noch so, er ist eine reine Fiktion. Und es könnte eines Tages mit der Zollunion dann ähnlich werden. Wir haben die ersten Ansätze dazu gesehen, als die ökonomische und monetäre Auseinanderentwicklung Italien zum Bardepot auf Warenimporte führte, und all dies. Das waren die ersten Ansätze zum Auseinanderbrechen der Zollunion. Auch dies kann sehr schnell eintreten. Auch das Nicht-handeln birgt große Risiken. Was unser Risiko hier angeht, wenn wegen des fortbestehenden Ausmaßes der ökonomischen und monetären Divergenzen in der Politik der EG-Staaten diese Sache scheitern sollte, dann würde sich das bescheidene Vertrauenskapital in die europäische ökonomische Solidarität, das jetzt durch die Bemühungen hier geschaffen worden ist, wahrscheinlich schnell verbrauchen und auch die politischen Rückschläge wären erheblich. Ganz abgesehen von den persönlichen Rückschlägen für die beiden, die ihr Prestige auf diese Sache gesetzt haben, nämlich Giscard d'Estaing und ich. Und die beiden Regierungen, die damit verbunden sind und das Ansehen der Staaten, die hier in Betracht kommen. Andererseits sehe ich, daß die Chancen für den Erfolg nicht ungünstig stehen.

Und lassen Sie mich dazu ein paar Bemerkungen machen. Wir sind von dem amerikanischen Präsidenten und der amerikanischen veröffentlichten Meinung, meistens gelenkt durch das White House und durch die Treasury, ja längere Zeit unter Druck gesetzt worden, gemeinsam mit den Japanern, wir hätten gefälligst als "Lokomotive" die ganze Weltwirtschaft aus der Flaute zu ziehen und was dergleichen Unfug mehr war. Dem waren Auseinandersetzungen vorausgegangen, die deutsche Bundesregierungen in solcher Dichte mit den Vereinigten Staaten von Amerika noch ^{mit} durchzustehen hatten. Das fing an mit dem amerikanischen Versuch noch unter der Präsidentschaft Ford, die für die Entwicklung einer unserer wichtigsten Zukunftsindustrien wichtigen Brasilier-Geschäfte zu inhibieren. Wir haben uns dagegen widersetzt, endlose Auseinandersetzungen, meistens hinter den Kulissen, aber man hat große Sorgen haben müssen. Gleichzeitig ein Kampf gegen eine Administration, die neu ins Amt kam und glaubte, mit Inflation sei die Welt zu heilen. Voraussagen, die wir dem amerikanischen Vizepräsidenten und seinen Beratern und den von Präsident Carter zu uns im Januar 1977 geschickten Berater gemacht hatten, sind fast alle eingetroffen, nämlich über den inflatorischen Verfall und über den Zahlungsbilanzverfall der Vereinigten Staaten. Sie haben allerdings nicht alle Maßnahmen ergriffen, die sie uns damals angekündigt hatten und von denen sie meinten, wir sollten so etwas ähnliches tun. Wir haben nur die Hälfte von dem getan. Jedenfalls hat sich die amerikanische Inflation so entwickelt, wie Sie es kennen und hat sich die amerikanische Zahlungsbilanz so ~~d~~eroutiert, wie Sie es wissen und ebenso der Dollarkurs. Wir haben auf anderen Feldern Auseinandersetzungen in Kauf nehmen müssen mit den Vereinigten Staaten vom Amerika, die ich jetzt nicht alle erwähnen will, weil sie weit abliegen vom monetären Bereich. Aber die Vereinigten Staaten, das muß man sich mal ins Bewußtsein führen, sind unter dem Druck des deutschen Beispiels und der deutschen Argumente zur Stabilität, zum Vorsatz zur Stabilität sage ich vor-sichtshalber, umgekehrt. Eine gewaltige Entwicklung! Eine gewaltige Entwicklung vom Frühjahr 1977 bis zum Herbst 1978. Die wäre übrigens ohne die Entschlossenheit, notfalls auch "nein" zu sagen bei dem Bonner Wirtschaftsgipfel, nicht zustande gekommen. Ich sage, sie haben sich entschlossen zur Stabilität. Ob

die Entschlußkraft stetig ausreichen wird, wenn nun zunächst in den ersten Phasen nur mal die negativen Folgen eintreten, das kann ich nicht prognostizieren.

In ähnlicher Weise hatte früher und ohne, daß es deswegen großer Überredung bedurfte, unser Beispiel, mit monetären aber auch mit budgetären, fiskalischen, allgemein sozialpolitischen Mitteln auf Stabilität hinzuwirken, in Frankreich ein positives Echo gefunden. Ganz undramatisch, der französische Präsident, mit dem ich aus Zeit gemeinsamer Finanzministertätigkeit befreundet war, hatte im Grunde die deutsche Politik immer für richtig gehalten seit 1973; er konnte das aber nicht laut sagen aus Rücksicht auf seine innenpolitische Stellung - er war damals Finanzminister unter Pompidou - mit Rücksicht auf seine spätere Stellung als Präsident. Die war so gefestigt in den ersten Jahren, weiß Gott nicht. Es ist ein schwieriges Kunststück, Frankreich zu regieren. Es ist innenpolitisch genau so schwer wie Deutschland, nicht weil es dort 11 Länder gibt, aber weil es dort noch mehr als 11 Parteien gibt und diese in Gruppierungen zusammengebunden sind, die sich schwer balancieren lassen. Für ihn und für mich war klar, daß wenn seine Parteigruppierung in diesem Frühjahr 1978 die Wahlen gewinnen würde, so daß er Zeit haben würde, vier Jahre lang eine kontinuierliche ökonomische Politik der Stabilität zu treiben, daß wir dann gemeinsam den Versuch eines größeren Währungsverbundes innerhalb der EG machen würden. Darüber waren sich Giscard und ich seit langer, langer Zeit einig. Aber entscheidend war, würde er im April 1978 die Kammerwahlen gewinnen? (Ganz leise sage ich: Mit Herrn Mitterand hätte ich nicht im Traume daran gedacht, einen solchen Vorschlag in die Welt zu setzen.) Es hängt hier auch an dem persönlichen Vertrauen der französischen Staatsführung in die Kontinuität der deutschen Staatsführung, es hängt an dem Vertrauen der französischen Staatsführung, repräsentiert durch die beiden Personen Giscard d'Estaing und Raymond Barre. Ohne dies wäre das Risiko zu groß. Sicherlich, der Präsident wird sich 1981 zur Wiederwahl stellen müssen. Es sieht so aus, als ob er gute Chancen hat, für weiter sieben Jahre gewählt zu werden. Der französische Ministerpräsident Raymond Barre, wird sicherlich früher wechseln. Gegenwärtig

finde ich, daß die Franzosen mit großem Mut eine Reihe von Dingen ins Werk gesetzt haben, von denen man noch nicht genau erkennen kann, ob sie innenpolitisch die Anfangsnegativen, die damit zwangsläufig verbunden sind, ob sie die innenpolitisch gut überstehen, und wie gut sie sie überstehen. Aber daß das zunächst einmal nicht zur Verringerung der Arbeitslosigkeit führt in Frankreich, weiß jedermann. Und daß das zunächst einmal nicht zur Preisdämpfung führt, wenn sie die Brotpreise freigeben, und all dergleichen, das ist klar. Aber es sind mutige Schritte, die, wenn die Politik beibehalten wird für 24 und 36 Monate, nach einer solchen Frist dann die ersten positiven Erfolge zeigen wird und dann hoffentlich weiter durchgehalten werden kann, über 1981 hinaus.

Man muß ja übrigens auch sagen, daß das deutsche Beispiel in Italien, und sogar auch in England, den Entschluß zu größerer Stabilität ausgelöst hat. Die Kämpfe, die der Premierminister Heath, leider nicht erfolgreich, aber später der Premierminister Callaghan relativ erfolgreich, jedenfalls bis zum Jahre 1978 erfolgreich, mit den Gewerkschaften, was die Nominalloohnerhöhungen angeht, gefochten hat, sind eindrucksvoll. Sie wissen ja, es sieht nicht ganz so günstig aus im Augenblick. Das heißt, ohne daß es diesen Ländern allen lieb ist, und den dortigen politischen Führungen lieb ist, haben sie sich dem seit Mai 1973 gegebenen deutschen stabilitätspolitischen Beispiel letztlich anbequemt. Nicht, weil sie eingesehen haben, daß das theoretisch besser wäre, sondern weil sie erfahren haben in der Praxis, daß wir besser gefahren sind. Dies ist eine ganz wesentliche psychologische Voraussetzung, die ganze Sache zu wagen. Wenn sie morgen eine Regierung Berlinguer hätten in Rom, würde ich sehr zweifelhaft sein, ob man es mit den Italienern wagen darf, weil ich nicht weiß, was für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik eine solche Regierung machen würde.

Nun, da also eine allgemeine Prädisposition auf mehr Stabilität gegeben ist in diesen europäischen Regierungen, von denen wir hier reden, wenngleich in manchen Fällen noch nicht ausreichend, wenngleich in manchen Fällen durch innenpolitisch

Widerstände nicht so wie man es ihnen wünschen möchte, werden jetzt durch dieses EWS - wie es in den Zeitungen genannt wird - weitere Anreize in Richtung auf noch mehr volkswirtschaftliche, noch mehr wirtschaftspolitische Disziplin dazukommen. Der wichtigste Anreiz ist der, daß Regierungen es überaus unangenehm finden, wenn sie irgendwann am Wochenende zusammenkommen müssen, um für Montag früh um neun bekanntzugeben, sie hätten ihre Währungen abgewertet. Die Notwendigkeit, Abwertungen wieder zu Regierungsbeschlüssen zu formalisieren, hängt wie ein Damoklesschwert über jeder Regierung. Das ist den Regierungen sehr bewußt, auch den Regierungen der Schlangenländer, z.B. meinem dänischen Freunde Jörgensen sehr bewußt. Deswegen will er auf jeden Fall auch drin bleiben, weil er dieses Bewußtsein seiner ganzen Regierungsmannschaft, seiner Gewerkschaftsführung, seiner Bankwelt hat mitteilen und übertragen können. Eine der wichtigsten Sachen ist, daß tatsächlich bei fixierten Wechselkursen von der Zahlungsbilanz im engen Sinne des Wortes Disziplinierung ausgeht auf die Verantwortlichen. Der allgemeine Ausdruck von der Zahlungsbilanzdisziplin ist meist anders gemeint, ich meine es hier im wörtlichen Sinne. Es gibt ja auch den umgekehrten Fall wenn Sie sich an die Bundesregierung der Großen Koalition erinnern, die konnte sich nicht dazu entschließen, aufzuwerten. Regierungen scheuen sich, durch Entschluß die öffentliche Verantwortung für eine Veränderung des Außenwertes ihrer Währung zu übernehmen.

Dr. Schlesinger:

Das bleibt auch so.

Bundeskanzler:

Ich hoffe, daß es so bleibt. Die deutsche Bundesregierung scheut sich am allerwenigsten, denn die hat im Lauf der letzten sieben, acht, neun Jahre großen Erfolg gehabt mit der Währungs-

politik der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Sie hat allerdings seit 1973 sich ja nur innerhalb der Schlange zu solchen Dingen zu äußern gehabt, während zu allen **übrigen** Währungen die Kurse frei waren und der **Devisenbörse überlassen** waren. Aber innerhalb der Schlange, Herr Schlesinger, haben wir uns nie gescheut, aufzuwerten. Jedenfalls nicht aus nationalen Gründen, nicht aus deutschen Gründen, auch nicht aus innenpolitischen Gründen; manchmal war es vielleicht für andere nicht so ganz zweckmäßig.

Ich will vielleicht noch ein kleines Wort zum amerikanischen Dollar hinzufügen. Wenn ich es richtig sehe, haben Sie zur Stützung des amerikanischen Dollars seit 1970 ungefähr den Gegenwert von 35 Mrd Dollar aufgewandt. Ich weiß nicht, wieviel DMark das zum jeweiligen Zeitpunkt gewesen sind, jedenfalls nachträglich sind es sehr viel weniger DMark als Sie seiner Zeit reingesteckt haben. Das, was an Interventionen in der Schlange erfolgte, ist ungleich geringer. Aber immerhin, wenn Frankreich und Italien dazu kommen, wird dieses Quantum möglicherweise, jedenfalls theoretisch, steigen. Ich denke, was das Europäische Währungssystem angeht, so hat das bereits in Amerika eine ganz starke psychologische Signalwirkung ausgelöst. Es ist für die amerikanische Regierung Gott sei Dank sehr lästig geworden, von der eigenen Banking Community, auch von der eigenen Industrial Community, von der eigenen veröffentlichten Meinung gesagt zu kriegen: das geht mit dem Dollar nicht so weiter. Aber nachdies nun auch noch lesen müssen in den Zeitungen, daß diese Europäer es möglicherweise fertig bringen, in ihrem Raum so etwas wie eine Zone stabiler Währungen zustandezubringen, das ist natürlich ein ganz starker zusätzliche psychologischer Druck auf die amerikanischen Politiker, nun ihrerseits die Politik des "benign neglect" aufzugeben. Das europäische System ist sicher nun gegen den Dollar gerichtet. Aber wenn es uns ein bißchen unabhängiger machen könnte von den Dollarschwankungen, was ich nicht ausschließe, wäre das sicherlich erwünscht. Wenn es erfolgreich wäre, was ich annehme, wird es vielleicht auch ein Beispiel geben für andere Regionen, Südostasien bis Japan, weiß ich nicht, will ich nicht spekulieren.

Jedenfalls wäre es auch ein europapolitischer Fortschritt. Das haben sich Giscard und ich immer so vorgestellt, daß wir im gleichen Jahr die direkten europäischen Wahlen haben wollen - die ja im kommenden Jahr stattfinden - und im gleichen Jahr mit dieser Sache anfangen. Immer vorausgesetzt, daß seine eigenen nationalen Kammerwahlen ihm ausreichende Handlungsfreiheit geben würden. Die italienische Regierung möchte gern mitmachen. Die fachlichen Berater der italienischen Regierung, z.B. Herr Baffi und andere, erfinden viele Bedenken; ich bin mir nicht so ganz darüber klar, ob die Bedenken alle erfunden werden, um noch mehr Zugeständnisse herauszuholen und um dann überwunden zu werden. Die italienische Regierung wird mitmachen. Ich bin nicht sicher, ob das, was sie nun herausgehandelt haben mit dieser besonders großen Marge, wirklich im Interesse der italienischen Lira liegt. Ich vermute, es liegt nicht im objektiven Interesse, wenn ich mir die psychologischen Wirkungen dieser Sondermarge überlege. Jedenfalls finde ich, daß das System das ganz gut verkraften kann. Die irische Regierung möchte sehr gerne mitspielen. Für die irische Regierung besteht ein Sonderproblem. Zum ersten Mal seit 160 oder 170 Jahren müssen sie sich lösen von der Parität Pfund gleich Pfund; Irish pound = British pound. Von dieser Parität müssen sie sich lösen. Es gibt für sie Gründe, das gerne zu tun, sie liegen im psychologisch-politischen Bereich, und es gibt für sie erhebliche Besorgnisse, die liegen in der weitgehenden Abhängigkeit Irlands vom Londoner Geldmarkt. Sie liegen auch in der weitgehenden Abhängigkeit vom Londoner Kapitalmarkt, und ansonsten ist auch die ökonomische Situation Irlands nicht sehr berückend. Die Inflationsraten sind nicht höher als anderswo in Europa. Sie sind angewiesen darauf, daß sie zusätzlichen Kapitaltransfer bekommen; dies ist nicht unbedingt ein Problem der Bundesbank, im Gegenteil, die Bundesbank wird es begrüßen, wenn auf diese Weise auch die irische Zahlungsbilanz stabilisiert würde, aber es ist ein Problem der Bundesregierung, solche Kapitaltransfers zu organisieren. Zum kleineren Teil wird das über den Regionalfonds geschehen können und zum größeren Teil

wird es geschehen müssen über Anleihen der Europäischen Investitionsbank, wobei dann der Zins heruntergeschleust werden muß.

Das schwierigste Problem scheinen die Briten vor sich zu sehen. Bisher findet in der englischen Presse die intelligenteste Diskussion, die man in der europäischen Presse lesen kann, statt. Seit ungefähr einen halben Jahr jede Woche zehn Artikel, nicht unintelligente Artikel zum Teil, zu diesem ganzen Komplex, aber das sind auch die einzigen in England, diese Artikelschreiber, die dieses Problem verstehen. Die übrigen verstehen es kaum, sondern kämpfen zum Teil gegen die vorhin von mir genannte "scape goat-mentality", die die Europäische Gemeinschaft zum Prügelknaben machen möchte für die eigenen "deficiencias", und zum Teil betreiben sie die "scape goat-mentality". Der Premierminister wäre von seinen politischen Instinkten her sicherlich geneigt, das alles gleich von Anfang an mit zu wagen. Aber wenn ich mich in seine Lage versetze gegenüber den Gewerkschaften, gegenüber den Konservativen, gegenüber seiner eigenen Partei, gegenüber diesem Trend der öffentlichen und veröffentlichten Meinung, was die EG angeht, dann möchte ich beinahe glauben, daß er zum Ergebnis kommt, er könne nicht an zwölf Fronten gleichzeitig kämpfen. Ich nehme an, daß dies letztlich der allein ausschlaggebende Grund sein wird für das Verhalten Großbritanniens nächste Woche Dienstag. Daß man einfach nicht zu viele Kämpfe gleichzeitig führt. An der Heimatfront, zuhause im eigenen Land. Gleichwohl werden die Engländer versuchen, und wir werden ihnen dabei helfen müssen, eine Position zu finden, die es ihnen dann später ermöglicht, ohne Gesichtsverlust nachträglich reinzukommen, wenn die Voraussetzungen sich geklärt haben sollten. Wir müssen ein bißchen aufpassen, daß sie nicht von vornherein alle Vorteile einheimsen und gar keine Pflichten auf sich nehmen. Das wird ein wichtiger Punkt sein. Das hat Herr Callaghan aber schon verstanden.

Die Norweger werden sich in ähnlicher Weise wie bisher zur Schlange assoziieren. Sie möchten gern, daß die Schweden das auch tun. Die Dänen möchten das auch gerne. Ich kann die gegenwärtige neue schwedische Regierung und ihre Absichten nicht beurteilen. Ich nehme an, das wird in Österreich ähnlich sein. Bei der Schweiz wird es im Grunde so weiterlaufen wie bisher. Da haben wir es ja mit dem unangenehmen psychologischen Problem zu tun, daß die französische Staatsführung - ich muß ganz vorsichtig sein am besten überwinde ich die Hemmung durch Burschikosität..... sauer ist auf die Schweizer, weil ein französischer Staatsbürger sich dort anonym sein Nummernkonto errichten kann und auf diese Weise sehr leicht französische Steuergesetze umgehen kann.

Dr. Schöllhorn:

Charles Aznavour

Bundeskanzler Schmidt:

Daß Sie diesen einen Paradefall kennen, Herr Schöllhorn, läßt mich vermuten, daß dieser Paradefall schon vor sechs oder sieben Jahren auch aufgekommen ist. Das spielt immer noch eine Rolle, aber nicht nur dieser eine Fall, und das ist insgesamt eine zweifelhafte Sache, das wirkt sich leider ein bißchen aus auf die Grundstimmung, aber ich nehme an, das wird mit der Schweiz ganz genau so gehen wie bisher gegenüber der Schlange. Die nordischen Länder sind übrigens an dem übermorgen beginnende Wochenende in Kopenhagen zusammen, um sich formell zu vereinbaren.

Über Frankreich habe ich schon des längeren gesprochen. Ich will nur sagen - und damit komme ich auf die außenpolitische Bedeutung aus nationaler deutscher Sicht -, daß in dieser Sache, so wie in vielen anderen Sachen, eine rein deutsche Initiative nicht hätte gewagt werden dürfen. Es ging natürlich nur mit Franzosen und Deutschen gemeinsam, und mit der ausgesprochenen

Billigung durch die Benelux-Partner, übrigens auch durch die Dänen. Alles was die Deutschen allein unternehmen auf diesem Felde, führt dazu, daß sehr schnell Inferioritätsgefühle anderer virulent gemacht werden und infolgedessen Widerstand sofort sich ausbreitet. Was nun die deutsche Politik angeht, will ich in aller Einfachheit, aber aller Eindringlichkeit sagen, ohne einen funktionstüchtigen Gemeinsamen Markt, ohne eine wirtschaftliche und politisch gewichtige Europäische Gemeinschaft ist deutsche Außenpolitik nicht erfolgreich zu führen. Deutsche Außenpolitik beruht auf zwei großen Pfeilern: der Europäischen Gemeinschaft und dem nordatlantischen Bündnis. Und das Verfaulen eines dieser Pfeiler oder gar Herausnehmen oder In-sich-Zusammenbrechen eines dieser beiden Pfeiler führt zum Zusammenbruch des Gleichgewichts der deutschen Außenpolitik. Das mag für Sie klingen wie Adenauersche Primitivität, ist es auch. Aber es ist richtig. Das ganze Spiel, das wir gespielt haben in den letzten 10 Jahren gegenüber der Sowjetunion, gegenüber den osteuropäischen Ländern, das wir gespielt haben um Berlin, um diese Schicksalsstadt in ihrer Lage zu verstetigen, alles dies wäre nicht möglich ohne diese beiden Pfeiler im Rücken. Wir sind auf doppelte Weise verwundbar und bleiben es bis weit ins nächste Jahrhundert. Verwundbar Berlins wegen und auch der offenen Flanke im Osten wegen, der Geteiltheit der Nation wegen, symbolisiert in der Insellage Berlins, und zweitens wir bleiben verwundbar wegen Auschwitz. Je erfolgreicher wir sind auf außenpolitischem, auf wirtschaftspolitischen, auf sozialökonomischem, auf militärischem Gebiet, desto länger wird es dauern, bis Auschwitz absinkt in die Geschichte. Um so mehr bleiben wir angewiesen auf diese beiden Pfeiler, von denen ich sprach, von denen einer der Gemeinsame Markt ist. Eine Europäische Gemeinschaft ohne einen funktionstüchtigen Gemeinsamen ökonomischen Markt wird verfaulen. Und wie stark die Auschwitz-Erinnerung mitspielt, das haben wir in den letzten 24 Monaten viele Male erlebt. Als wir einen Rechtsanwalt, der den Terroristen Vorschub und Hilfe geleistet - Croissant hieß der Mann - aus Frankreich

ausgeliefert haben wollten, welch ein Aufstand! Als ein armer alter Mann - Kappler hieß er - aus einem italienischen Militärhospital entsprang mit Hilfe seiner gar nicht mehr ganz jungen Frau, und vielleicht hat noch ein Dritter geholfen, welch ein Aufstand in Italien, welche Anklagen: Wiedergeburt des Faschismus. Alles dummes Zeug, alles Unsinn. Aber hier manifestiert sich diese Mischung aus Inferiorität gegenüber diesem großen deutschen Erfolg, die dann rückgreift auf die Erinnerung an Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes begangen worden sind vor 40 Jahren, vor mehr als 32 Jahren, 31 Jahren, das wird uns noch präsentiert. Ich habe neulich mal vor 3 Wochen eine ganz unschuldige Nebenbemerkung gemacht; ich wurde gefragt von ausländischen Journalisten im Laufe einer langen Unterhaltung, was denn nun das Europäische Parlament eigentlich solle, es hätte doch gar keine Bedeutung, wenn es direkt gewählt wird. Ich habe gesagt: "Es hat die Bedeutung, die die Römischen Verträge ihm zumessen, außerdem wird es sicherlich noch an Bedeutung gewinnen, weil es in seiner Legitimität nun gestützt ist durch direkte Wahlen, und es wird sich schon seine Bedeutung verschaffen." Ein Aufruhr in der kommunistischen und gaullistischen Presse in Frankreich! Oder ich sehe, Sie sehen heute in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Artikel "Adieux germaniques", wo das kommunistische Parteiblatt L'Humanité und "Canard Enchaîné" sich aufregen, von links oder von rechts, ganz egal, darüber, daß der französische Außenminister Guiryingaud sich vorgestern bei Herrn Genscher und bei mir verabschiedet hat und dann erst sein Ausscheiden aus dem Amt in Frankreich offiziell bekanntgegeben wurde. Da spüren Sie, wie dünn doch das Eis bei aller Freundschaft immer noch ist, und es wird nicht dicker dadurch, daß wir so schrecklich erfolgreich sind.

Wir sind wirtschaftlich in den Augen der Welt die zweitstärkste Macht des Westens, wir sind es übrigens auch militärisch, und die meisten Politiker draußen in der Welt wissen es. Mit Ausnahme der nuklearen Waffen, die wir gottseidank nicht haben, sind wir die zweitstärkste Militärmacht des Westens. Allein die Zahl unserer Soldaten ist größer als die der Amerikaner, ohne daß wir sie vermehrt hätten im Laufe der letzten 12 Jahre, sondern die anderen

haben alle so weit abgerüstet. Wir sind durch Festhalten an unseren Pflichten relativ im Verhältnis zu unseren eigenen westlichen Verbündeten immer stärker geworden. Und wir sind politisch in ihren Augen auch ein sehr großes Gewicht geworden. Um so mehr haben wir es nötig, uns mit diesem europäischen Mantel zu bekleiden. Wir brauchen diesen Mantel nicht nur, um unsere außenpolitischen Blößen wie Berlin oder Auschwitz zu decken, sondern wir brauchen ihn auch, um diese immer noch wachsende relative Stärke, wirtschaftlich, politisch, militärisch, der Bundesrepublik Deutschland innerhalb des Westens zu bedecken. Je mehr sie ins Auge tritt, desto schwieriger würde die Ausfüllung unserer Spielräume werden.

Ich gebe mir große Mühe, Rücksicht zu nehmen auf diese Sensitivität, wachsende Sensibilität, der Partner draußen in der Welt. Aber, wie gesagt, wenn man irgendwo im Steigenberger abends um 11.00 Uhr eine harmlose Bemerkung eines halben Nebensatzes macht über die Rolle des zukünftigen Europäischen Parlaments, kann es einem schon so gehen. Oder schon vor drei Jahren, wenn man irgendwo in Amerika in einem Hotel morgens beim Frühstück einem Journalisten erzählt, der einen fragt, wenn nun der Berlinguer in die Regierung eintritt, geben Sie ihm dann Kredite? Und man sagt: "Nein, ich glaube eigentlich nicht.", und er macht daraus eine große Schlagzeile, plötzlich ist man der Mann, der sich einmischt in die italienische Innenpolitik. Sehr, sehr schwierig, bei aller Selbstdisziplin, die man versucht, sich selbst aufzuerlegen, dem völlig zu entgehen. Um so wünschenswerter, daß wir uns auf diese beiden Säulen stützen können, die gleichzeitig hier ein Mantel sind für uns, in dem wir ein bißchen unsere Kraft verbergen können.

Ich sagte demgegenüber, das Europäische Währungssystem birgt Risiken, ich wiederhole, es birgt auch wesentliche Chancen insbesondere wenn es erfolgreich wird für uns die Chance, daß die Europäische Gemeinschaft nicht verfault. Es ist geradezu eine Lebensvoraussetzung für die deutsche Außenpolitik und ihre Autonomie. Sie bietet auch Chancen ökonomischer Art, die ich nicht in den Vordergrund gestellt habe bei diesem Vortrag, die ich aber nicht verschweigen will. Es gibt noch ein paar Probleme am kommenden Montag und Dienstag, darüber ist vielleicht noch nachher zu reden.

Ich will den Vortrag hier nicht zu lange ausdehnen, ich will aber am Schluß noch auf einen Briefwechsel eingehen, der zwischen Ihrem Präsidenten, Herrn Emminger, und der Bundesregierung in den letzten Wochen stattgefunden hat. Dr. Emminger hat in einem Schreiben vom 16. November an mich um die Zustimmung der Bundesregierung zu drei Punkten gebeten, welche wohl hier vor dem Zentralbankrat erörtert worden waren, wie ich annehme, so daß ich die Punkte nicht zitieren muß, sie sind Ihnen sicher geläufig. Die ersten beiden betreffen die Mitwirkung des Bundestags, unter Wahrung der Autonomie der Bundesbank,

bei der Ausgestaltung der endgültigen Regelung. Dem hat der Herr Minister Matthöfer - die Fernschreiben haben sich offenbar gekreuzt - schon ausdrücklich zugestimmt. Ich habe das durch den Staatssekretär Schüler noch einmal bestätigen lassen und habe dem heute nichts hinzuzufügen. Was mich hier interessiert, ist ein Teil des dritten Punktes Ihres Briefes. Ich muß Ihnen offen sagen, ich habe ganz erhebliche Bedenken gegen eine schriftliche Fixierung dieser Art, eine schriftliche Fixierung der Möglichkeit einer mindestens vorübergehenden Entbindung von der Intervention. Lassen Sie uns einmal annehmen, das stünde morgen in einer französischen Zeitung oder in einer italienischen. Welche Vorwürfe würden die Zeitungen dann im Kommentar anknüpfen an ihre eigene Regierung, die sich auf ein so windiges Versprechen mit der deutschen einließe. Eine Regierung, die ihnen verspricht, im Rahmen bestimmter Spielregeln zu intervenieren, aber intern schriftlich gibt, sie habe die Absicht notfalls auch anders zu können. In der Sache selbst stimme ich Ihnen zu, meine Herren, aber ich halte es für ausgeschlossen, das aufzuschreiben. In der Sache ist es doch so, daß es den schönen Spruch in der Welt gibt seit 2000 Jahren: "ultra posse nemo obligatur."

Und wo das ultra posse liegt, das entscheidet man selber. Meine Vermutung ist, daß wenn es zu wirklichen Krisen käme, daß es dann nach historischer Erfahrung ähnlich laufen würde, wie es bisher gelaufen ist: daß die Schuldnerländer zuerst Leine ziehen und nicht die Gläubigerländer. Aber es kann durchaus sein, daß der Gläubiger Bundesrepublik mal Leine ziehen müßte; es ist alles denkbar, nur so etwas kann man nicht aufschreiben. Man kann auch nicht aufschreiben, um Ihnen ein aktuelles Beispiel zu geben, das ebenfalls das Licht der Öffentlichkeit scheuen muß, was wir notfalls tun würden, falls die Assoziation, falls die neue Mitgliedschaft von Griechenland, Spanien und Türkei am Ende der Übergangsfrist dazu führen würde, daß wir statt 4 Mio Ausländern dann 5 oder 6 haben würden in Deutschland. Was aufgrund der Freizügigkeit, niedergelegt in den Römischen Verträgen, seit 1957, deren Recht wäre. Was wir aufgrund der Probleme, die Sie hier - Anschauungsbeispiel Frankfurt am Main, (Perser) - natürlich nicht geschehen lassen dürften, wenn es dann soweit ist,

daß wir noch mehr Ausländer kriegen. Das was dann geschehen muß, kann man sich vorstellen, kann man leise darüber reden miteinander, kann man nirgendwo aufschreiben, denn der Vertrag sieht anders aus. Ich weiß nicht, ob ich mich deutlich genug ausgesprochen habe. So etwas schreibt man nicht auf. Dies wäre meine Meinung als Bundesregierung.

Ja, ich darf um Entschuldigung bitten, Herr Emminger, daß ich so schrecklich lange und vielleicht auch nicht erkennbar systematisch gesprochen habe. Ich habe aber alle die Punkte loswerden können, die mir am Herzen lagen dabei. Ich stehe für Fragen und für Bemerkungen, Entgegennahme von Kritik jeder Art, gerne zur Verfügung. Ich habe nicht viel über Währungstechnik geredet, meine Damen und Herren; das ist auch nicht meine Aufgabe. Ich bin nicht der Währungsminister der Bundesrepublik Deutschland aber es ist nicht so, daß ich nicht laufend in diesen letzten Wochen und Monaten mich sehr sorgfältig vergewissert hätte, von Station zu Station, manchmal von Tag zu Tag, was auf diesem Felde gehandelt und ausgehandelt wurde. Nur denke ich nicht, daß Sie von mir erwarten, daß ich nun zu Interventionensmechanismen im einzelnen als Bundeskanzler hier spreche; aber wenn Sie mich darüber ins Gespräch ziehen, werden Sie sehen, daß ich auf Felde nicht ohne Kenntnisse bin.

Dr. Emminger:

Herr Bundeskanzler, ich darf mich auch im Namen aller Mitglieder des Zentralbankrats sehr bei Ihnen bedanken für diese Darlegung aus Ihrer politischen Sicht der Dinge. Es war sehr beeindruckend für uns alle. Ich möchte nun einen Vorschlag machen wie wir weiter prozedieren. Sie wissen ja sicher, Herr Bundeskanzler, daß es hier in diesem Kreis eine Reihe von Mitgliedern gibt, die gegenüber dem geplanten Europäischen Währungssystem oder manchen Einzelheiten dieses Systems Bedenken oder Einwendungen haben. Und ich sehe es als einen sehr wichtigen Zweck dieser heutigen Unterhaltung an, daß diese Mitglieder des Zentralbankrats jetzt Gelegenheit haben, Ihnen, als dem Chef der

Bundesregierung, Fragen zu stellen oder auch ihre Bedenken vorzutragen. Das würde ich als den Hauptzweck ansehen, insbesondere da man ja nun unmittelbar vor dem Endschrift zu dem neuen System steht.

Wohlstand
Ich möchte aber, ehe wir die allgemeine Diskussion hierzu eröffnen, doch noch eine Sache gesondert zur Diskussion stellen, weil uns das begreiflicherweise sehr am Herzen liegt, nämlich Ihre Stellungnahme zu dem Brief, den ich im Auftrag und nach vorheriger wörtlicher Abstimmung durch den Zentralbankrat an Sie geschrieben habe. Ich möchte zunächst mit großer Befriedigung feststellen, daß Sie inhaltlich und sachlich auch der Ziffer 3 dieser Anlage, die wir als Voraussetzung der ganzen Diskussion zugrunde gelegt haben, zustimmen; daß es nämlich Situationen geben kann, in denen Interventionsverpflichtungen der Bundesbank ein Ausmaß annehmen könnten, das de facto die Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgabe unmöglich macht. Und ich glaube, Herr Bundeskanzler, wir stimmen alle miteinander überein, gerade nach dem was Sie gesagt haben, daß ein ganz entscheidender Punkt für die Stärke der deutschen Position, die Sie uns hier geschildert haben und die wir mit dem Mantel auch der Gemeinschaft ein bißchen überdecken müssen, darin liegt, daß wir weiterhin unsere Stabilitätspolitik erfolgreich praktizieren. Denn das hat weltweite Auswirkungen gehabt. Es ist entscheidend für die Stärke, nicht nur der Bundesrepublik, sondern, wie ich glaube, für ganz Europa, daß wir hier fortfahren. Es liegt uns auch deswegen entscheidend am Herzen, weil es unsere gesetzliche Aufgabe ist. Ich möchte daher, ehe wir in eine allgemeine Diskussion eintreten doch diesen Punkt noch einmal hier dem Gremium zur Diskussion anheim stellen, wenn es Ihnen, Herr Bundeskanzler, recht ist. Ich kann mir vorstellen, daß es da noch Fragen gibt, z.B. zu dem, was Sie besonders hervorgehoben haben, die mindestens vorübergehende Entbindung von der Interventionspflicht, wie es in unserem Schreiben heißt. Es ist klar, daß man das nicht nach außen in dieser Form sagen kann. Diese Möglichkeit ist aber in einem Bericht des Währungsausschusses erwähnt. Dort heißt es nämlich in Ziffer 19: "Die zeitweilige Aussetzung der Verteidigung der Margen muß als ~~Vorschrift~~ *Behrungs* für den Notfall angesehen

werden. Es ist die letzte Zuflucht. Damit es einem Land möglich ist, auf dieses Verfahren zurückzugreifen, muß Anlaß zu der Annahme gegeben sein, daß die auslösenden Faktoren vorübergehend Natur sind. Jedoch könnte eine Situation eintreten, in der diese Faktoren sich nicht umkehren würden. In diesem Fall würde das betreffende Land mit einem anderen Leitkurs zurückkehren." Das ist genau der Fall, den wir hier im Auge haben, nämlich daß es Situationen geben kann, wo man vorübergehend aussetzen muß, um dann nach einigen Tagen, vielleicht auch nach einigen Wochen, im Einvernehmen mit den anderen mit einem Realignment, mit einem neuen Wechselkursgefüge, zurückzukehren. Das ist also in diesem Bericht des Währungsausschusses, Ziffer 19, tatsächlich angesprochen. Ich verstehe sehr wohl, daß man jetzt nicht, besonders nicht gerade vor der Gipfelkonferenz, das irgendwie ins Rampenlicht heben kann. Aber ich darf es wohl so verstehen, Herr Bundeskanzler, daß die Erklärung, die Sie zu diesem Punkt abgegeben haben, eine Erklärung der Bundesregierung gegenüber der Bundesbank ist.

Bundeskanzler Schmidt:

Ich zeige Ihnen einmal, was ich auf Ihren Brief notiert habe.

Dr. Emminger:

Also sachliche Übereinstimmung.

Bundeskanzler Schmidt:

Ich habe ja gesagt, sachlich immer!

Dr. Emminger:

Nun möchte ich trotzdem den Damen und Herren des Zentralbankrats Gelegenheit geben, zu diesem Punkt, und ich bitte, es

zunächst auf diesen Punkt zu beschränken, Fragen zu stellen.
Herr Härtl.

Dr. Härtl:

Herr Bundeskanzler, ich glaube, daß man dafür sehr viel Verständnis haben kann, daß man bei einem solchen Versuch zu Beginn eines Vertrages nicht gleich hineinschreibt, wir behalten uns jederzeitigen Rücktritt vor. Gestern abend hat uns der Herr Vorsitzende dieses Gremiums von Ihrer Einstellung berichtet. Ich habe darüber nachgedacht, wie man das trotzdem in einer Weise absichern kann, daß alle Seiten ihr Gesicht wahren.

Bundeskanzler Schmidt:

Wessen Gesicht ist denn in Gefahr?

Dr. Härtl:

Das Gesicht sowohl desjenigen, der verspricht, die Interventionsentbindung vorzunehmen, ohne es zu können, weil die anderen da nicht mitmachen, weil er es gegenüber den anderen nicht durchführen kann, nämlich Ihres im Verhältnis zu den Vertragspartnern, wie auch umgekehrt - ich meine das jetzt ganz vertragstechnisch - wie auch umgekehrt unser Gesicht gegenüber der Verpflichtung und der Aufgabe dieser Bundesbank. Ich meine, wir könnten vielleicht völkerrechtlich das absichern, indem wir in den Vertrag Vertragsgrundlagen hineinschreiben, die enthalten: einmal, daß es sich bei der ersten Phase um einen Versuch handelt, zweitens, daß durch den Versuch keine Beeinträchtigung der nationalen Zuständigkeit auf dem Gebiet der Geldpolitik erfolgt.

Dann haben wir wenigstens das, was Sie hier mit uns übereinstimmend denken, zur Vertragsgrundlage gemacht, ohne den anderen eine Rücktrittsklausel oder eine Kündigung vor die Augen zu setzen. Es ist aber vielleicht im völkerrechtlichen

Sinn, zivilrechtlich wäre es auf jeden Fall so, zur Vertragsgrundlage gemacht, und man könnte sich darauf berufen, wenn die Verhältnisse sich so verändern, daß diese Beeinträchtigung eben eintritt oder daß der Versuch sich als nicht so günstig für alle Beteiligten erweist, daß man dann die Auflösung oder den Rücktritt verlangt.

Dr. Emminger:

Meinen Sie den Rücktritt vom ganzen Vertrag? Wir sprachen ja nur von einer vorübergehenden Suspendierung.

Dr. Härtl:

Oder vorübergehende Suspendierung.

Dr. Emminger:

Um z.B. mit einem neuen Wechselkurs zurückzukehren, so wie ich das eben vorgelesen habe. Darf ich sonst noch um Meinungsäußerungen dazu bitten? Herr Schlesinger.

Dr. Schlesinger:

Darf ich die Fragenstellung um den vorangegangenen Satz in unserem Brief noch etwas erweitern. Ich meine ja, daß eine Entbindung von der Interventionspflicht sozusagen, wie Sie das auch zitiert haben aus dem Bericht, das letzte Mittel ist. Oder meinetwegen vor der Auflösung das vorletzte. Aber eigentlich politisch doch das letzte Mittel. Das normale Mittel, uns von einer stabilitätspolitisch nicht mehr erträglichen Interventionspflicht zu befreien bzw. sie stark zu reduzieren, ist ja die Wechselkurskorrektur. Das Mittel, das wir hier in der kleinen Schlange auch angewendet haben oder das angewendet worden ist. Wie Sie wissen, praktisch im Durchschnitt jedes halbe Jahr, einmal ein bißchen länger, einmal ein bißchen kürzer, haben wir Korrekturen der Wechselkurse in der kleinen Schlange gehabt, und dies auf der Basis von einer Inflations-

11
differenz, die ebenfalls nicht größer war als sie sein wird mit allen beteiligten Ländern, wenn wir das System Anfang nächsten Jahres beginnen. Meine Frage ist deshalb, Herr Bundeskanzler; wie ist die Meinung der Bundesregierung zu der Verpflichtung, die sie eingehen wird, daß Wechselkurskorrekturen nur im Einvernehmen stattfinden können, was technisch gesprochen ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, was aber juristisch natürlich eigentlich heißt, Einvernehmen ist nur gegeben, wenn alle zustimmen oder anders ausgedrückt, wenn einer widerspricht, gibt es eben die Wechselkurskorrektur nach dem Vertragstext nicht. Wie kann man sich das sozusagen vorstellen? Sie sagten selbst, Herr Bundeskanzler, eigentlich sind es hauptsächlich die Schuldnerländer, die wahrscheinlich kommen müssen. Auf der Basis der Kreditfazilitäten scheint mir das nicht unbedingt in der Zukunft so sicher.

Good
fuer
Bundeskanzler Schmidt:

Ich glaube doch, Herr Schlesinger, denn auch in der Vergangenheit haben ja die Schuldnerländer sich aus der damaligen Schlange entfernt. Lange ehe ihre Kreditlinien ausgeschöpft waren, lange vorher.

Dr. Schlesinger:

Das Entfernen ja, aber

Bundeskanzler Schmidt:

Italien, England, Frankreich alle ausgeschieden lange ehe Sie Ihre Beistandskreditlinien wahrgenommen haben.

Dr. Schlesinger:

Aber in der Praxis der Wechselkurskorrekturen, also ohne Ausscheiden - was ja das ist, worauf man unbedingt klar abzielen sollte - da ist es eigentlich in der letzten Zeit eher umgekehrt gewesen aus naheliegenden Gründen. Aus den Interessen

dieser Länder heraus waren sie eigentlich nicht daran interessiert, daß sie gegenüber der Bundesrepublik abwerten oder die Bundesrepublik ihnen gegenüber aufwertet.

Minister Matthöfer:

Herr Schlesinger, ich habe das einmal gemacht, das war in Senningen und das war auf ausdrücklichen Wunsch Belgiens geschehen. Nicht die Bundesbank hat mich gebeten da einzuladen, sondern die Belgier haben das sehr geschickt instrumentiert.

Dr. Emminger:

Allerdings ist dies nur dadurch zustande gekommen, daß wir aufgewertet haben, weil kein Mensch abwerten wollte.

Minister Matthöfer:

Großzügig wie wir sind, haben wir einen anderen Eindruck entstehen lassen, aber faktisch war es so, daß das Interesse auf der anderen Seite lag.

Dr. Schlesinger:

Ja, also ich weiß nicht, ich habe das nicht ganz so mitbekommen, muß ich sagen. Aber es geht eigentlich um die Interpretation dieser Vereinbarung, Wechselkursänderungen nur im Einvernehmen vorzunehmen, was - Herr Pöhl hat uns das immer klar gemacht, und da stimme ich ihm auch zu - technisch gar nicht anders geht; schließlich muß man sich einigen, was für eine neue Kombination von Wechselkursen herauskommt. Aber was kann das eigentlich heißen, muß man den Vertragspartnern nicht also deutlich genug sagen, daß für ein Land, das hauptsächlich auf der einen Seite der Interventionspflicht liegen dürfte, daß für dieses Land eben unter Umständen Grenzen erreicht werden, wie in der Vergangenheit - wenn es einmal über 10 oder 12 Milliarden hinausgegangen ist in den Interventionen,

dann konnten wir das hier sozusagen nicht mehr vertreten - daß man dann etwas tun muß, und daß dann eigentlich das Interesse dieses Landes entsprechend stark gewichtet werden muß gegenüber, sagen wir mal, einem Widerspruch durch Belgien oder durch Irland oder wem auch immer.

Dr. Emminger:

Gibt es sonst noch Fragen? Herr Kloten.

Prof. Kloten:

Ja, also auch für mich ist die Entbindung von der Interventionspflicht die ultima ratio, und da das gesamte System auf uns zugeschnitten ist, kann ich mir eigentlich schlecht vorstellen, daß von dieser prinzipiellen Möglichkeit überhaupt Gebrauch gemacht werden kann, es sei denn in einer fast ausweglosen Situation. Um so wichtiger ist es, daß die Korrektur der Paritäten als Möglichkeit verankert wird. Da nun Einverständnis vorausgesetzt ist - natürlich genau wie Herr Schlesinger es sagte, ohne Einvernehmen geht es nicht - ist es aber für uns eben nicht unwichtig, wie die Bundesregierung zu dieser Möglichkeit steht. Sie haben sich dafür ausgesprochen, Herr Bundeskanzler, als eine Möglichkeit, von der ggf. auch Gebrauch gemacht werden soll, aber man muß doch den Standort dieser Möglichkeiten in dem gesamten Paket sehen. Und da wird eben diese Möglichkeit sehr weit zurück bis an den Rand gerückt. Für uns allerdings spielt sie eine zentrale Rolle. Es ist doch nicht unwahrscheinlich, daß schon in den ersten Monaten des nächsten Jahres, gemessen jedenfalls an den Divergenzen der Preistrends die Notwendigkeit, zumindest eines Gespräches über die Korrektur von Paritäten ansteht, daß eben also auch dann schon die Frage zwischen Bundesregierung und Bundesbank erörtert wird, sollen wir unseren Partnern eine Korrektur der Paritäten vorschlagen. Bei den Volumen der Währungsbeistände ist es eigentlich nicht zu erwarten, daß die Schuldnerländer sehr frühzeitig selbst auf diese Möglichkeit hinweisen oder gar darauf:

drängen, daß es zu einer solchen Korrektur kommt. Es wird also unser primäres Anliegen sein, diese Möglichkeit in das Blickfeld zurückzubekommen. Und deswegen meine ich, daß ich zwar verstehe, wenn Sie sagen, die letzten beiden Zeilen, so hatte ich Ihre schriftliche Anmerkung verstanden, die letzten beiden Zeilen kann man nicht schriftlich fixieren, aber das, was in der drittletzten Zeile steht, Korrektur der Paritäten, ist doch etwas, wo wir wissen sollten, daß nicht nur die Bundesregierung im Prinzip diese Möglichkeit sieht, sondern daß sie auch

Bundeskanzler Schmidt:

Aber Herr Kloten, das ist doch selbstverständlich. Wir haben doch bisher in den letzten Jahren, wie gesagt, alle sechs Monate die Paritäten korrigiert.

Prof. Kloten:

Ich weiß wohl, aber mir geht es darum und das war eigentlich der letzte Satz oder der letzte Halbsatz, daß auch auf dem Treffen der Staatschefs am 4./5. Dezember gerade diese Möglichkeit als ein integraler Bestandteil des gesamten Systems einen gebührenden Platz bekommt.

Dr. Emminger:

Ich darf vielleicht hier darauf aufmerksam machen, daß schon im Bremer Kommuniqué die Änderung der Leitkurse ausdrücklich erwähnt ist. Aber ich möchte nicht der Antwort des Herrn Bundeskanzlers vorgreifen. Herr Schöllhorn bitte.

Dr. Schöllhorn:

Ich glaube, daß es zwei Ländern gibt, die am aller-schwersten von den Möglichkeiten eines opting out Gebrauch machen können, nämlich die beiden Initiatoren. Ein anderes Land kann vielleicht sagen, es habe das System ja nicht initiiert, aber wir tun uns sehr schwer und darum glaube ich, daß in der Praxis, jedenfalls für absehbare Zeit, vor diesem letzten Mittel alle anderen Instrumente ausgeschöpft werden müssen und eine meiner schweren Sorgen ist, daß es schwieriger wird in Zukunft, Paritätsänderungen zu machen. Wenn so große Länder wie Frankreich beitreten, das geht nicht mehr am Samstag in Frankfurt, das wird schwieriger werden. Meine Erfahrungen zeigen dies, und die agierenden Personen, die ich kennengelernt habe, die agieren zum Teil noch so. Es wird eine Angelegenheit schweren Prestiges, sagen zu müssen, ich werte ab. Da steht eine Neuwahl in Nancy bevor, da ist ein Gewerkschaftskongreß ich weiß nicht wo, es gibt tausend Gründe; und die Bundesregierung hat sich auch lange Zeit so schwer getan, es gibt tausend Gründe, zu sagen ...

Bundeskanzler Schmidt:

Die früheren Bundesregierungen, nicht diejenigen, denen ich angehört habe.

Dr. Schöllhorn:

Nein, aber es gibt tausend Gründe zu sagen, bis hin zur Devisenbewirtschaftung. Das letzte Mittel der Wechselkurs-korrektur wird aus guten und politisch gewichtigen Gründen hinaus geschoben. Sind Sie sich mit Herrn Giscard einig, daß dieses System, solange die Inflationsraten noch so groß sind, einfach die Korrekturmöglichkeit ohne große politische Verwerfungen enthalten muß?

Dr. Emminger:

Wenn sonst keine Fragen mehr dazu kommen, dann wäre ich sehr dankbar, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, zu dieser sehr zentralen Frage noch etwas sagen könnten.

Bundeskanzler Schmidt:

Ich möchte zunächst einmal einige Herren erinnern an meinen eigenen record in dieser Angelegenheit. Ich habe ja nun Währungspolitik machen müssen ein paar Jahre lang, ich habe mich dabei nicht leiten lassen von theoretischen Erwägungen und Modellen.

Es sind mindestens zwei Dinge, die ich Ihnen vor Augen halten möchte, die Sie kontrollieren können aus Ihrer eigenen Erinnerung. Die Herren Klasen/Emminger auf der einen Seite und Schmidt/Pöhl auf der anderen, zu viert, manchmal auch nur zu zweit agierend, haben aus Rücksicht auf binnenwirtschaftliche Stabilität im Frühjahr 1973 nicht nur ein Abkommen unter Notenbanken außer Kraft gesetzt, sondern gegen das Völkerrecht verstoßen, gegen das geltende Vertragsvölkerrecht, indem sie die Bundesbank davon entbanden, weiterhin in amerikanischen Dollar zu intervenieren. Und haben es noch nicht einmal dem IWF vorher gesagt, geschweige denn ihm die Möglichkeit gelassen, diesen Etnschluß zu beeinflussen. Ich sage noch einmal, was ich gesagt habe. Wir haben im Frühjahr 1973 gegen geltendes Vertragsvölkerrecht, IMF-Vertrag, in mehrfacher Weise verstoßen. Weder haben wir die ganzen Spielregeln, prozeduralen Regeln des Vertrages eingehalten, noch haben wir die materiellen Rechtsbestimmungen eingehalten. Wir haben die Bundesbank entbunden von der Pflicht, gegen den Dollar zu intervenieren, ausschließlich aus dem Motiv heraus, im Innern unseres Landes Spielraum zu gewinnen für eine stabile, auf Stabilität gerichtete Politik - im Einvernehmen mit der Bundesbank-Spitze und dem damaligen Finanzminister der damaligen Bundesregierung, der damalige Bundeskanzler hatte zugestimmt. Wir haben dies allerdings nicht früher, als die Bundesrepublik Deutschland dem IMF beiträt, notifiziert, daß wir notfalls die clausula rebus sic stantibus anwenden würden, wir haben es nicht einmal aufgeschrieben, wir haben es gemacht, als es nicht mehr anders ging. Wir haben es sogar hingekriegt, die Loslösung der DMark vom Dollar, die uns überhaupt ja erst die Chance für eine Stabilitätspolitik eröffnete, im Einvernehmen mit den amerikanischen Freunden und ohne Konflikt mit der Bündnisvormacht zustande zu bringen. Und dann haben wir anschließend

allerdings eine recht radikale Stabilitätspolitik getrieben, beginnend im Juni 1973, Sie auf monetärer Seite, wir auf fiskalischer Seite, budgetärer wie steuerpolitischer Seite, alle möglichen Steuerermäßigungen aufgehoben, außer Kraft gesetzt, Stabilitätsanleihe, was weiß ich was wir alles gemacht hatten. Wenn wir gewußt hätten, daß sechs Monate später die Ölkrise ausbrach, wären wir nicht ganz so radikal vorgegangen. Dies muß man heute sagen.

Bundeskanzler Schmidt:

Na gut, die Duplizität der Wirkung war ein bißchen sehr stark. Jedenfalls das beides rufe ich in Ihre Erinnerung. Die Loslösung vom Dollar entgegen Völkerrecht, weil die Stabilität im Innern zu stark gefährdet wurde. Das war alles nicht vorher irgendwo aufgeschrieben oder niedergelegt, bei einem Notar hinterlegt, da muß man dann notfalls, wenn jemand rechtliche Einwände haben sollte, sich berufen auf dieses oder jenes, was im römischen Recht oder sonstwo steht - in Wirklichkeit ist das nie ein Rechtsproblem, nur für Deutsche sind so etwas Rechtsprobleme, nur für Deutsche und Juristen. Der deutsche Perfektionismus darf nicht prävalieren über den politischen Verstand. Ich gebe den Herren Schlesinger und Kloten und Schöllhorn recht, entscheidend ist, daß dann, wenn es notwendig ist, die Wechselkurskorrekturen zustande gebracht werden. Das haben wir schon viele Male fertiggebracht in der Schlange und das wird auch in Zukunft zustande kommen. Ich habe da gar keine Bedenken.

Ich wurde gefragt, ob ich mit Herrn Giscard darüber einig sei. Selbstverständlich, immer selbstverständlich. Nun wird allerdings die Bundesrepublik Deutschland in solch einer Zusammensetzung, in diesem neuen System ein sehr starkes Gewicht haben. Die nie auszusprechende, möglicherweise aber unausgesprochen im

Raum stehende Option, nicht mehr mitzuspielen, hat ein ganz großes Gewicht. Man darf sie nicht aussprechen. Man darf sich auch nicht irgendwo vorher absichern. Die Franzosen haben auch nicht vorher in die Römischen Verträge reingeschrieben, wenn wir uns mal gewaltig über die EG ärgern, werden wir in Zukunft an Ministerratssitzungen nicht mehr teilnehmen, aber das haben sie getan. Ich erinnere Sie an die Politik des leeren Stuhls von de Gaulle im Jahre 1965 oder wann es gewesen ist. Die Engländer haben zweimal, nein dreimal haben sie ihren Beitritt ausgehandelt zur EG, einmal in den frühen 60er Jahren durch Ted Heath, der damals Europaminister war, dann 1969, und dann hat Wilson hinterher noch einmal nachverhandelt, der geschickte Händler. Nirgendwo haben sie zu Notiz gegeben, sie würden notfalls eine vertragswidrige Fischereipolitik ins Werk setzen, sie tun's aber. So etwas kündigt man nicht an, meine Damen und Herren. Der entscheidende Punkt ist die Wechselkurskorrektur. Da kann nun allerdings ein Punkt, der, soviel ich weiß, Ihnen Sorgen macht - und Sorgen verstehe ich ganz gut - hier seine positiven Wirkungen haben. Wir werden ja eine Verpflichtung übernehmen zu Interventionen, wenn die Interventionspunkte erreicht sind. Aber innerhalb dieser Margen zwischen den Interventionspunkten liegen ja andere Punkte die sich aus diesem Korb-Indikator ergeben. Und jedenfalls wird das Erreichen der Punkte des Korb-Indikators Konsultationen auslösen, Gespräche, jedenfalls unter den Zentralbankern. Und solche Gespräche - und jetzt kommt das Positive an dem Punkt, Herr Schöllhorn - können dann durchaus schon, wie jüngst in Senningen, ohne daß zwingende Not schon eingetreten wäre, gleich wohl schon zu Wechselkurskorrektur führen, insofern kann in diesen Konsultationen bei Erreichen der Indikatorpunkte oder wie heißt das jetzt?

Dr. Emminger:

Divergenzschwellen.

Bundeskanzler Schmidt:

Ich werde diese neuen Ausdrücke auch noch lernen - dies kann dazu führen, daß möglicherweise früher Wechselkursveränderungen stattfinden. Woran mir liegt, ist, daß wir dieses Ganze

nun nicht von vornherein mit lauter Wenns und Abers und Jedochs und Sowohls als Auchs belasten. Mir liegt sehr daran, daß wir ein bißchen Vertrauen zusätzlich schaffen in Europa. Ich meine in der ganzen Sache steckt ein Risiko, das Sie bisher nicht besprochen haben, für ganz Europa. Wir sind alle der Meinung, nehme ich an, daß gegenwärtig das Wechselkursverhältnis zwischen DMark und Dollar nicht den Kaufkraftparitäten entspricht. Wenn wirklich die amerikanische ökonomische Politik kontinuierlich über zwei/drei Jahre geführt würde, so wie sie jetzt seit 1. November verkündet ist, dann könnten ganz entgegen den Gewohnheiten an die die Welt sich gewöhnt hat, Wechselkursbeziehungen zwischen DMark und Dollar in anderer Richtung stattfinden.

Dr. Schöllhorn:

Bundeskanzler Schmidt:

Ja, ja, jetzt will ich aber nur sagen, was bedeutet dieses für uns, das ist nicht nur die eine Frage, Herr Schöllhorn. Was bedeutet das für die übrigen Europäer? Ich will die nicht aufmerksam machen auf solche Probleme, die sie noch gar nicht bedacht haben; viele von denen denken sehr kurzfristig. Aber es ist doch nirgendwo geschrieben, in den zehn Geboten, daß der Dollar nicht mehr wert ist als 2,-- Reichs-Mark oder 2,-- D-Mark. Das kann doch wieder ganz anders werden. Jedenfalls die Kaufkraftparität liegt woanders, die liegt nicht bei 2,-- DM, sie liegt vielleicht bei 2,60 DM oder 2,70 DM, ich weiß es nicht. Und wenn die eine Politik machen, die ihre Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht bringt oder jedenfalls in den Ruf bringt, im Gleichgewicht zu sein, das genügt ja schon an den Märkten, daß sie sie in den Ruf bringen, dann mag sich auch das Wechselkursverhältnis zwischen DMark und Dollar mal in anderer Richtung verschieben im Laufe der 80er Jahre. Das hat dann Konsequenzen für diejenigen von uns, die in diesem Währungsverbund drinnen stecken. Das heißt, ich will mit diesem Hinweis, den ich auch nur leise ausspreche und

auch draußen nicht sagen darf, aufmerksam machen: Es stecken eine ganze Menge Risiken für alle möglichen Beteiligten drin. Wir dürfen nicht diese deutschen Risiken nach außen zu stark betonen, Herr Schlesinger. Darum bitte ich nur; das möchte ich stark betonen. Ich habe vorhin einen Fehler gemacht, mein Kollege Matthöfer macht mich darauf aufmerksam, ich habe vielleicht in meinem Vortrag ein bißchen zu stark betont, daß ich die Europäische Gemeinschaft als Mantel ansähe gegenüber den nationalen Notwendigkeiten dieser geteilten deutschen Nation und ihrer Berlin-Exponiertheit etc. Ich möchte es natürlich nicht so verstanden haben, als ob dies der einzige Grund sei für unser europäisches Engagement. Ich habe nur die übrigen Gründe nicht so deutlich vorgetragen und habe insbesondere die ökonomischen Gründe deswegen nicht vorgetragen, weil ich davon ausgehe, daß das unter uns allen eigentlich seit 20 Jahren mehr oder weniger communis opinio ist, aber ich denke, Herr Matthöfer hat recht,, daß er mich darauf aufmerksam macht, daß ich jedenfalls "for the record" hier nicht einen weißen Fleck auf der Landkarte lasse, ohne daß ich ihn jetzt ausdrücklich ausfüllen will mit vielen Bildern oder Beispielen.

Dr. Emminger:

Vielen Dank, Herr Bundeskanzler. Ich möchte die Gelegenheit benützen, gleich einen der Einzelpunkte, die wir zweckmäßigerweise, wenn auch nur ganz kurz, heute besprechen sollten, abzuhaken. Sie haben ihn erwähnt, nämlich die Frage der Bedeutung des Währungskorbs als Indikator. Wir haben uns oft hier drüber unterhalten, weil uns das natürlich auch in der täglichen Politik sehr berühren kann. Auch hier ist öfters der Standpunkt auf den Tisch gelegt worden, daß es für uns nützlich sein kann, wenn wir solche Konsultationen haben, das ist nicht nur ein Zwang, der uns treffen kann, sondern wir können sehr wohl einmal auch auf der anderen Seite, nicht immer nur Überschußland sein. Aber sogar als Überschußland können wir ein Interesse an solchen Konsultationen haben, um gewisse Dinge auszulösen. Was uns hier immer am

Herzen lag, war eines: nämlich daß eine Formulierung zustande kommt - dabei ist ja das letzte Wort noch nicht gesprochen, sondern es wird wahrscheinlich in Brüssel auf der **Gipfelkonferenz** noch irgendeine Formulierung vorgelegt, die dann abgesegnet wird - was uns am Herzen lag, war nur sicherzustellen, daß nicht direkt oder indirekt ein Zwang zum Handeln bei Erreichen dieser Abweichungsschwelle oder Divergenzschwelle - wie der neue Ausdruck heißt - stipuliert wird, sondern daß die Möglichkeit besteht, dann auch nichts zu tun. Daß man zwar ein paar Gründe angibt, aber nicht ein großes Verfahren braucht, um darzutun, daß die Lage kein Handeln erfordert. Das ist alles. Wir wollen nicht, daß ein quasi-automatischer Zwang entsteht oder daß die Dinge so formuliert werden, daß wenn ein Land zu der Überzeugung kommt, daß nicht zu handeln ist, daß keine besonderen Maßnahmen zu treffen sind, dieses Land sich wie ein Angeklagter sozusagen exkulpieren und entschuldigen muß und da große Dinge machen muß. Wenn es also gelingt, eine solche neutrale Formulierung hier zu finden, die klarmacht, daß das Nichthandeln eine Option ist, die genauso drin ist wie das Handeln, dann wäre dieser Punkt zu unser Befriedigung gelöst. Ich will nur die Gelegenheit benützen, weil Sie diese Frage angerührt haben, das mal hier auf den Tisch zu legen.

Bundeskanzler Schmidt:

Darf ich gleich mal dazu etwas sagen. Ich erinnere mich an eine Mittagsunterhaltung vor 3 Wochen oder so mit Giscard und Barre und Clappier war noch dabei, und von unserer Seite - waren Sie dabei, Herr Schulmann? Ich war in Italien gewesen und wollte mir auf dem Rückflug diese wirklich sehenswerte Ausstellung Berlin - Paris ansehen. Giscard hatte davon gehört und mir gesagt, da mache ich mit, und außerdem mußt du vorher zu mir zum Frühstück kommen. Da haben wir beim Frühstück natürlich über die Währungspolitik geredet. Da hat Clappier im Gespräch gesagt - ich habe ihm diese Bedenken, die Sie vortragen, auch meinerseits noch einmal erwähnt. Ich habe gesagt, ich lasse da nicht mit mir handeln. Dieser Korb-Indikator kann nicht zu einer Verpflichtung werden, irgendetwas zu tun, das geht nicht. Da hat

Clappier gesagt, na ja, der Korb-Indikator führt zu Konsultationen das wollen Sie, Schmidt, ja auch. Da sage ich, das will ich auch. Bei den Konsultationen gibt es 4 mögliche Ergebnisse, hat er gesagt: 1. Nichts tun oder 2. die monetäre Politik des betreffenden Landes in question muß sich ein bißchen ändern, was weiß ich, ob sie etwas machen mit ihrem Diskont oder Lombard, Reserveverpflichtung oder was es immer ist, oder 3. intramarginal intervenieren oder 4. Wechselkurs ändern. Alle vier müssen zur Verfügung stehen, als mögliches Ergebnis solcher Konsultation. Erstens: "Nichts tun". - und das werden wir schon zum Ausdruck bringen.

Dr. Emminger:

Ich möchte meinen, wenn das so in irgendeiner Form zum Ausdruck kommt, dann können wir mit dieser Formel leben. Darf ich das als die Ansicht auch dieses Kreises feststellen, dann brauchen wir nicht in eine Einzeldiskussion dieses Punktes eingehen. Ich habe aber noch eine Wortmeldung von Frau Dingwort-Nusseck, war das zu diesem Punkt?

Frau Dingwort-Nusseck:

Zum Grundsätzlichen.

Dr. Emminger:

Bitte Frau Dingwort-Nusseck.

Frau Dingwort-Nusseck:

Herr Bundeskanzler! Wenn jemand die Risiken oder, wie Sie eben sagten, die Wenns und Abers des ganzen Systems noch stärker akzentuiert, als Sie es eben getan haben, so ja sicherlich nicht,

weil er nicht die noch größeren Risiken des Nichthandelns sähe, sondern allenfalls auch nicht aus provinziellem Egoismus oder erzkonservativer Haltung, sondern weil er glaubt, daß andere Wege zur Integration vielleicht risikoärmer wären als dieser Weg, bei dem wir gewisse Gefahren sehen und eine Gefährdung der deutschen Stabilität sich auch als Sprengsatz für die wirtschafts-politischen Anstrengungen der Partner erweisen könnte. Wenn er es also so sieht, anderen Wegen Präferenz geben würde, zum Beispiel einem wesentlich massiveren Ressourcentransfer etwa, dann befindet er sich ja in Übereinstimmung mit dem, was Sie früher für viele Jahre genau so formuliert haben bis weit ins Jahr 1976 hinein. Und wenn, wie Sie mit vollem Recht sagen, die politischen Daten ja seit vielen Jahren gegeben sind, auch bilaterale Überlegungen mit dem französischen heutigen Staatspräsidenten seit vielen Jahren existieren, dann ist natürlich die ganz große Frage was hat sich seit zwei Jahren so fundamental geändert, daß diesem Weg der Vorzug gegeben wird vor anderen denkbaren Wegen. Wenn Sie mir eine winzige, mit Verlaub eine winzige statistische Anmerkung zu machen gestatten - die Desintegration im Handel ist durch Zahlen ja nicht belegbar - es hat in einem Jahre zwar einen Ausreißer gegeben, 1974: Explosion des nominellen Welthandels nach der Ölpreisexplosion, in allen Jahren danach hat der Handel innerhalb der Gemeinschaft doch wieder deutlich stärker zugenommen - mit Verlaub ich habe es zufällig herausgeschrieben. Die zweite Prämisse sehen natürlich einige von uns mit etwas Reserve, nämlich die bessere Kalkulierbarkeit für besonders die mittelständischen Unternehmen. Aus diesen Unternehmen wird einem sehr häufig gesagt, gerade die Überlegung, daß für andere Partner der Wechselkurs eine stärkere politische Qualität hat, daß also Wechselkursänderungen sich dann weniger häufig, aber sehr viel brüsker, sehr viel abrupter vollziehen, belastet die Würdigung einiger dieser Überlegungen. Die Hauptfrage; was hat in den letzten zwei Jahren zu dieser radikalen Änderung der Überlegungen geführt?

Dr. Emminger:

Vielen Dank. Sie hatten sich auch gemeldet Herr Pöhl. Wollten Sie zu diesen Punkten etwas sagen?

Herr Pöhl:

Ich wollte dann etwas sagen, wenn wir das Thema Wechselkurspolitik und Befreiung von den Interventionsverpflichtungen abgeschlossen haben.

Dr. Emminger:

Dann darf ich doch noch fragen, wer möchte zu dem Punkt Wechselkurspolitik, zu diesem zentralen Punkt, noch Fragen stellen?

Prof. Duppré:

Ich habe eine technische Frage. Was soll denn am 4. und 5. gemacht werden im juristischen Sinne? Ein Agreement. Und darauf basieren dann die bekannten Verordnungsentwürfe, gestützt auf 235. Ist das so der formale Ablauf?

Dr. Emminger:

Ich wollte eigentlich zunächst einmal das Wechselkurs-thema zu Ende führen. Die Verordnungen braucht man meines Erachtens nicht zu den Interventionsvereinbarungen. Aber noch irgendwelche Fragen zur Wechselkurspolitik?

Herr Wertz:

Ich meine doch, Herr Vorsitzender, daß das nicht „in irgendeiner Form“, so wie Sie formuliert haben, geschehen kann, sondern das müßte mit Bestimmtheit festgehalten werden, daß die Divergenzschwelle, daß das Erreichen dieser Divergenzschwelle auch „non action“ produzieren kann.

Bundeskanzler Schmidt:

Das wird in Brüssel geschehen.

Herr Wertz:

Der Vorsitzende hat das anders formuliert, und sagt "in irgendeiner Form". Ich habe mich auf den Vorsitzenden bezogen.

Dr. Emminger:

Ich darf hiermit feststellen, daß nicht meine Erklärung hierzu gilt, sondern die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers.

Herr Wertz:

Ich bin für diese Bekräftigung dankbar.

Dr. Emminger:

Zur Wechselkursfrage und zur Indikatorfrage noch etwas?

Dr. Irmeler:

Nur das eigentlich, was Frau Dingwort schon sagte. Wir haben doch festzustellen, daß die flexiblen Kurse, gerade weil sie flexibel waren und sich nicht abrupt ändern, den Welthandel und auch den intraeuropäischen Handel wenig berührt haben, er hat sich gut entwickelt dabei. Er hätte sich ganz anders entwickelt, wenn unrealistische Kurse verteidigt worden wären. Das neue System tritt - wenn auch mit dem Vorbehalte, wie gerade vorhin vom Herrn Bundeskanzler formuliert worden war: "clausula rebus sic stantibus" oder "ultra posse nemo obligatur" - das neue System tritt expressis verbis wieder an nach dem Gesetz, möchte ich mal vereinfachend sagen, von Bretton Woods mit festen Wechselkursen. Wie kann das denn eigentlich besser gehen und wie die europäische Integration mehr fördern als ein Anerkennen der Tatsache, die bis auf weiteres offenbar fortbestehen dürfte und sich auch bisher nicht zurückgebildet hat, daß nämlich sehr unterschiedliche Inflationsraten

zwischen den einzelnen Ländern bestehen. Ich habe den großen Verdacht und werde dieses ungemütliche Gefühl nicht los, daß gerade bei der Konstruktion, wie sie jetzt ist und beredet wird: Interventionsmechanismus, Kredite und so weiter, daß eigentlich eine gewisse Aufweichung der Stabilitätspolitik hier in der Bundesrepublik unausweichlich eintreten wird, ohne daß damit etwa die Garantie verbunden wäre, daß die anderen, die Partnerländer, nun auf den Weg der Stabilität gezwungen würden. Sicher, sie haben gewisse Vorsätze, auch verbal haben wir das alles gehört. Aber das ist ja alles nichts Neues. Ich frage mich also, warum - Sie sagten es vorher Frau Dingwort, der Willenswandel, daß man von dem flexiblen System, Anerkennung der Realitäten, nämlich verschieden gelagerter ökonomischer, politischer Verhältnisse der verschiedenen Staaten nunmehr weggeht und quasi doch etwas macht, Herr Bundeskanzler, was im Ergebnis, solange nämlich die Wechselkurse fest bleiben - und das sollen sie ja im Prinzip - im Ergebnis so aussieht und so wirkt, als wenn souveräne Staaten der verschiedensten Art eine Einheitswährung übergestülpt bekämen mittels Interventionsmechanismen. Das sehe ich für eine Gefahr an, damit werde ich innerlich noch nicht richtig fertig.

Herr Pöhl:

Ich kann vielleicht das, was ich sagen wollte, Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, zusammenfassen. Ich möchte angesichts der vorgeschrittenen Zeit die vier, fünf Punkte, die ich nennen wollte, zusammenfassend hier darstellen, zumal man das eine von dem anderen ja auch gar nicht so im einzelnen trennen kann. Herr Bundeskanzler, Sie haben gesagt, daß als voraussichtliches Ergebnis der Konferenz der Chiefs der Regierungen am Montag und Dienstag die Notenbankgouverneure vermutlich beauftragt und gebeten werden, einen Vertrag auszuarbeiten, der dann am 1. Januar hoffentlich in Kraft tritt und in dem die Rechte und Pflichten der Mitglieder

dieses neuen Systems festgelegt werden. Es ist ganz klar, daß die Aushandlung dieses Vertrages noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird, auch wenn man sich über die Grundsätze unter den Chefs der Regierungen einig wird. Man kann ja auch nicht erwarten, daß die Regierungschefs nun alle Details, die dann noch zu regeln sind, bereits entscheiden. Das ist auch nicht ihre Aufgabe. Ich möchte nur die Bitte hier aussprechen und das gleich noch etwas konkretisieren, daß bei den Gesprächen die Sie führen am Montag und Dienstag, Sie doch Ihren Partner sehr deutlich die Punkte sagen, wo ja die Regierung und die Notenbank übereinstimmen, die die deutsche Position darstellen, und vielleicht auch zum Ausdruck bringen, daß der Zentralbankrat in dieser Frage, wie ich meine, sehr weitgehende Konzessionen gemacht hat, beispielsweise in der Frage der Kreditfazilitäten, aber auch in einer ganzen Reihe anderer Fragen, in dem Bewußtsein, daß diese Konzessionen notwendig gewesen sind, um dieses System zu einem Erfolg zu machen, jedenfalls soweit es in unseren Kräften steht, es zu einem Erfolg zu machen. Aber Sie würden uns, die wir nachher den Vertrag auszuhandeln haben, natürlich sehr den Rücken stärken, wenn Sie in den noch durchaus umstrittenen Punkten, die ich gleich kurz aufzählen möchte, doch sehr klar zum Ausdruck bringen, daß auch die Regierung hier hinter der Notenbank steht, und daß hier nicht die Bundesbank sozusagen auf eigene Rechnung und Gefahr handelt.

Der erste Punkt betrifft die Frage der Wechselkursänderung. Ich glaube, dazu braucht man nicht sehr viel zu sagen, denn in dem Bericht des Währungsausschusses ist diese Frage nämlich völlig befriedigend für uns geklärt worden. Da steht nämlich genau drin unter Punkt 9: das Europäische Währungssystem sollte dazu beitragen, Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zu verringern, doch sollte es nicht verhindern, daß sich verbleibende reale Disparitäten in den Wechselkursen widerspiegeln usw. usw. Wechselkursänderungen dürfen, wenn sie notwendig werden, nicht so lange hinausgeschoben werden, bis es zu starken Spekulationen am Devisenmarkt kommt ect. ect. Dort ist an sich

alles soweit befriedigend dargestellt worden, wie man es überhaupt im voraus befriedigend darstellen kann, Denn man kann ja die Regeln für Wechselkursänderungen eben leider - das haben wir ja schon 1973/74 ausführlich diskutiert - leider nicht im voraus festlegen. Man müßte aber auch klarmachen - meine ich -, und zwar nach Möglichkeit auf politischer Ebene klarmachen, daß die Übergangszeit bis zur Schaffung eines Europäischen Währungsfonds eben wirklich nur eine Übergangszeit ist und eine Experimentalphase, d.h. daß in dieser Übergangszeit nicht das Endstadium des Systems bereits präjudiziert werden darf. Das ist meines Erachtens eine große Gefahr, und wir haben, glaube ich, ein gemeinsames Interesse daran, daß nicht von Anfang an Dinge festgezurrert werden, die sich nachher möglicherweise gar nicht bewähren und die man dann aber nur sehr schwer wieder ändern kann. Das ist m.E. auch keine juristische Frage in erster Linie, obwohl es auch eine juristische Frage ist, aber nicht nur eine juristische Frage, sondern in erster Linie ist es eine sehr materielle Frage, und dies gilt ganz besonders für den Charakter dieses neuen Zahlungsmittels, genannt ECU. Wir müssen, glaube ich, verhindern, Herr Bundeskanzler, - und das muß den Partnern auch deutlich gemacht werden, weil da zum Teil ganz unklare Vorstellungen bestehen - daß dieses neue Zahlungsmittel eben noch nicht endgültig festzulegen ist, sondern daß sein Charakter und die Art seiner Verwendung sich erst im Laufe der Zeit herausstellen muß, daß es sich also zunächst nur um ein Instrument für den Ausgleich von Salden zwischen Notenbanken handeln kann und nichts darüber Hinausgehendes sein darf. Ich will das nicht im einzelnen hier vertiefen. Natürlich sind wir nicht dagegen, daß das später mal in einem Endzustand vielleicht auch für andere Zwecke verwendet werden kann, aber es muß eben verhindert werden - um es mal ganz praktisch zu sagen, was z.B. eine unserer Sorgen ist -, daß wir beispielsweise hier in großem Umfang ECUs akkumulieren, mit denen wir sozusagen gar nichts mehr anfangen können. Es muß also eine Klausel in dem Vertrag stehen, daß wir die ECUs auch wieder zurückgeben können.

Bundeskanzler Schmidt:

Das steht ja auch drin.

Herr Pöhl:

Nein, nein, der Vertrag ist ja noch nicht da. Das ist ja ein ganz strittiger Punkt. Damit will ich Sie jetzt aber nicht im einzelnen langweilen.

Herr Bundeskanzler, ich sage Ihnen, das ist eine ganz strittige Frage, möchte ich prognostizieren; eine der schwierigsten Fragen unter den Notenbanken, die sog. Rekonstitutionsklausel. Aber ich will Sie mit den Details nicht langweilen. Nur, es muß klargemacht werden, daß es sich in der Übergangsphase um ein Experiment handelt, d.h. wir müssen immer die Möglichkeit haben, die Dinge auch noch zu ändern im Laufe der Zeit und uns auch noch eine Tür offenlassen, wenn die Sache nicht funktioniert. Das kann man zwar nicht in einen Vertrag schreiben, das verstehe ich ganz genau, aber die Möglichkeit muß in den konkreten Einzelheiten bestehen, daß hier also nichts ein für allemal und endgültig festgeschrieben wird, z. B. auch bei der Deponierung unserer Währungsreserven. Ich glaube wir können eine Form finden, eine juristische Form finden die es uns erlaubt, wenn die Sache eben nicht funktioniert, was wir ja alle nicht hoffen und nicht wünschen, was man aber nicht ausschließen kann, daß wir dann eben auch die Möglichkeit haben, die 20 % unserer Reserven, die wir dort deponiert haben, auch wieder zurückzubekommen. Das wäre ja schließlich auch nicht ganz unwichtig.

Dritter Punkt in dem Zusammenhang: Indikator. Da haben Sie erklärt, daß Sie das nur betrachten als ein Instrument, das Konsultationen auslöst. Wir sind in den Verhandlungen an sich schon etwas weiter.

Bundeskanzler Schmidt:

Wobei Konsultationen durchaus zu Wechselkursänderungen führen können. Sie können auch zu monetären autonomen Maßnahmen führen.

Herr Pöhl:

Das haben wir ja immer gesagt. Aber die Forderung der anderen geht natürlich sehr viel weiter, und wir haben im Grunde auch schon etwas weitergehende Konzessionen gemacht. Wir haben gesagt, wir sind bereit, daß dies eine "presumption to act" sein würde, daß eine Vermutung besteht, daß man etwas tut. Nur, was man auf jeden Fall verhindern muß, und das muß, glaube ich, auch auf Ihrer Ebene klar gesagt werden, ist, daß hier eben irgendetwelche automatischen Interventionsverpflichtungen sich ergeben. Das haben Sie uns in dankenswerter Weise nochmals klargemacht, aber das ist für uns ein "essential", daß wir nicht verpflichtet sind, etwa schon zu intervenieren - nicht verpflichtet, wir sind ja bereit es zu tun, aber wir wollen es selbst entscheiden, wir wollen es selbst in der Hand behalten, wann interveniert wird, und wir wollen es uns nicht vorschreiben lassen. Vor allen Dingen wollen wir uns nicht verpflichten, nicht de jure aber de facto, etwa zu Dollarinterventionen verpflichtet zu sein. Denn dann kommen wir wirklich in eine Lage, die noch schlimmer ist als vor 1973, und das bringt mich zu dem nächsten Punkt - auch dies ist ein Punkt, der sicher auf der Gipfelkonferenz eine große Rolle spielen wird, sicher bei einigen jedenfalls -, nämlich die Forderung nach einer, wie es etwas euphemistisch heißt, koordinierten Dollarpolitik. Was aber auf deutsch natürlich heißt, solange der Dollar so schwach ist, wie er ist, - vielleicht bleibt er ja nicht immer so schwach, ich könnte mir auch vorstellen, daß die Dinge sich mal wieder ändern - daß die Mitglieder des Systems von uns erwartet werden, daß wir eben den Dollar stabilisieren, weil sie nicht bereit sind, in gleichem Maße ihre Währungen gegenüber dem Dollar aufzuwerten, wie es die Bundesregierung vielleicht bereit ist zu tun. Hier muß man, glaube ich, sehr vorsichtig sein, damit wir uns nicht in eine Situation selbst hineinbringen, wo wir

Verpflichtungen übernehmen, mit denen wir uns überheben, was wir nämlich nachher auch nicht erfüllen können. Wir können diese Dollars dann auch gar nicht kaufen, selbst wenn wir es wollten oder wenn wir dazu verpflichtet wären. Das würde nämlich dann das Ende des System sehr schnell nahebringen. Ein weiterer Punkt in dem Zusammenhang, der zwar sehr technisch aussieht, aber m.E. doch erhebliche grundsätzliche Bedeutung hat, ist die Frage, ob die Fristen für den Saldenausgleich von 30 auf 60 Tage verlängert werden sollen. Man kann sagen, das ist ja wohl keine Frage, an der man die ganze Sache scheitern lassen sollte, aber dieses Argument, Herr Bundeskanzler, gilt, glaube ich, nach beiden Seiten. Ich finde, wir haben so viel Konzessionen gemacht in den Verhandlungen, in den verschiedenen Ausschüssen, wir haben ja seit August sehr intensiv gearbeitet, daß man auch mal in einer solchen Frage vielleicht erwarten könnte, daß auch die andere Seite Konzessionen macht. Und ich bin der Meinung, daß wir keinen Grund haben, hier von unserer Position abzugehen. Was wir aber tun können, was man vielleicht in Aussicht stellen kann, und wo der Zentralbankrat wahrscheinlich sicherlich bereit wäre, auch mitzumachen, daß man sozusagen eine Art Good-will-Erklärung abgibt und sagt, was wir ja schon früher getan haben in solchen Situationen: Wenn es sinnvoll und zweckmäßig ist, sind wir auch bereit, in dem einen oder anderen Falle mal über diese 30 Tage hinauszugehen. De facto haben wir ohnehin bereits eine erhebliche Verlängerung der Fristen für den Saldenausgleich, de facto dadurch, daß wir ja die Kreditfazilitäten massiv aufstocken und ohnehin im Rahmen dieser Kreditfazilitäten, aber dieser sehr aufgestockten Kreditfazilitäten, eben eine stärkere Inanspruchnahme dieses automatischen Kredits ohnehin ermöglichen.

Letzter Punkt: in der Frage Kredite ist der Zentralbankrat vor 14 Tagen hier - nicht alle Kollegen, aber eine ganze Reihe von Kollegen - wirklich über seinen Schatten gesprungen, möchte ich sagen, und nicht ohne Bedenken. Aber um den Erfolg der Verhandlungen zu ermöglichen, haben wir hier ja eine Verhandlungslinie gebilligt, die der Regierung auch bekannt ist und die nach unserer Auffassung sehr weit geht. Ich habe den Eindruck, daß dies auch von unseren Partnern in der EG mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen worden ist und daß dies überhaupt erst die Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß der ganzen Sache geschaffen hat, so daß auf diesem Gebiet, glaube ich, keine zusätzlichen Konzessionen nötig sind. Ich habe auch den Eindruck, sie werden wohl auch nicht erwartet von unserer Seite. Auf gar keinen Fall sollte man jedenfalls in dieser Hinsicht, was also die Kreditfazilitäten angeht, über das hinausgehen, was wir nun jetzt in Brüssel vor einer Woche angeboten haben, vielleicht mit geringfügigen Modifikationen, mit denen ich Sie jetzt aber nicht aufhalten will, Quoten, Rallongen und so, da kann man also sich gewisse Verteilungen vorstellen, die einigen Wünschen entsprechen. Auf gar keinen Fall sollten wir irgendwelche Zumutungen akzeptieren, etwa Sonderbehandlung für "Schuldner wider Willen", aber das Thema wird ja wohl im Ernst keine große Rolle spielen können, wenn die Engländer ohnehin nicht mitmachen. Jedenfalls, Herr Bundeskanzler, würden Sie uns, die wir nachher den Vertrag aushandeln müssen, das Leben sehr viel leichter machen, wenn Sie auch schon auf dieser Gipfelkonferenz den Partnern den Eindruck vermitteln würden, daß dies nicht nur eine Haltung der Bundesbank ist, sondern daß die Bundesregierung voll dahintersteht und daß hier volle Übereinstimmung zwischen Bundesregierung und Bundesbank existiert, wie es ja der Fall ist.

Dr. Emminger:

Vielen Dank, jetzt haben wir gleich die ganzen Punkte auf dem Tisch, die vermutlich auf der Gipfelkonferenz auch noch einmal auf den Tisch kommen. Ich habe von vorhin noch die Wortmeldung von Herrn Härtl.

Dr. Härtl:

Ich ziehe zurück.

Dr. Emminger:

Dann bitte ich zunächst Herrn Bundesfinanzminister Matthöfe

Minister Matthöfer:

Einige wenige Worte, weil ich dem Bundeskanzler nicht vorgreifen möchte, aber ich möchte doch vielleicht etwas sagen aus meiner Beobachtung der Verhandlungssituation, weil ich gegenüber dem Bundeskanzler den Vorteil, oder den Nachteil hatte, nicht nur bei den Spitzenverhandlungen zugegen zu sein, sondern auch bei den Verhandlungen auf den unteren Ebenen. Wir haben einen großen Teil der Schwierigkeiten, die entstehen und die sich auch in Ihren Bedenken widerspiegeln, den englischen Forderungen zu verdanken, die in dem Moment nicht relevant sein werden, denke ich mir, wenn es klar wird, daß die Engländer nicht beitreten wollen, sondern daß sie nur versuchen werden, möglichst viele Vorteile aus dem System und aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zu ziehen. Zum Beispiel zwei Punkte: Einmal die Frage, was passiert, wenn die Divergenzschwelle überschritten wird? Da gab es eigentlich eine sehr starke britische Position. Bei den Franzosen scheint mir eine große Schwierigkeit zu sein die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung. Weil nämlich der Präsident zwar weisungsberechtigt ist gegenüber seinem Finanzminister, aber ich glaube nicht ganz die feste Solidarität und Übereinstimmung zwischen den beiden besteht wie zwischen uns beiden. Deshalb wird da nicht offen opponiert, aber es werden technische Schwierigkeiten doch aufgegriffen, die die Engländer vortragen, die in Brüssel keine Rolle spielen werden, wette ich. Denn die große Überraschung war doch, jedenfalls für die Beamten meines Ministeriums, wenn ich Herrn Dr. Weber mal nennen darf, das Ergebnis von Aachen.

Bundeskanzler Schmidt:

Das haben die für unmöglich gehalten.

Minister Matthöfer:

Das klare und eindeutige französische Bekenntnis zum Paritätengitter und das wird dann nachträglich wieder versucht auf der Ebene, wo wir es dann zu tun hatten, zum Indikator hin zu interpretieren. Aber das wird in Brüssel, sage ich Ihnen, weil wir dann die Aachen-Konstellation haben werden und nicht die Monory-Healey-Ebene, keine Rolle mehr spielen. Das ist meine Einstellung. Herr Pöhl, Sie waren auch jeweils noch intensiver dabei als ich, weil Sie ja auch mit Zentralbankern immer noch sprechen, und Herr Emminger untereinander mit seinen Kollegen, aber das wird zu regeln sein. Ich glaube auch, daß die Gespräche, die Herr Lahnstein mit Herrn Clappier geführt hat in bezug auf die Funktion des Korbindikators, doch eine so starke Annäherung gebracht haben, daß ein Treffen der Staats- und Regierungschefs das klar und eindeutig klären wird. Sicher, da muß was gemacht werden, aber es kann niemand gegen seinen Willen aufgrund irgendwelcher automatischer Indikatorenentwicklung zum Handeln gezwungen werden. Da bin ich ganz sicher. Bei der Verlängerung des sehr kurzfristigen Beistands hat sich im Gegensatz zu Brüssel noch bei den Franzosen eigentlich eine starke Annäherung an die deutsche Position vollzogen, die noch besser ist, glaube ich, als das holländische Kompromißangebot, das dort vorlag. Ich glaube da wird man auch einig werden. Die Aufteilung zwischen dem kurzfristigen und dem mittelfristigen Beistand, ob nun 12 1/2 oder 15 Milliarden ECU auf den kurzfristigen Beistand entfallen, da wird man dann in Brüssel, vermute ich, in irgendwelche Tarifverhandlungen eintreten und dazwischen dann abkommen. Das ist keine Sache, glaube ich, die uns zu ungeheurer Sorge veranlassen würde. Es kommt eben darauf an, wie der Zugriff geregelt ist und wann und wie der Saldenausgleich erfolgen muß. Ich sehe im großen und ganzen, nach den großen Fortschritten, die wir gemacht haben, und auf der Grundlage der Erfahrungen, die wir in Aachen gemacht

haben, keinen Grund für irgendeine Sorge, daß irgendein Bedenken des Zentralbankrats in Brüssel am Montag nicht recht geregelt werden könnte. Wir werden ja alle das Ergebnis sehen. Das wird so sein, daß wir einen wichtigen Schritt in Richtung auf Europa machen, daß wir wieder ein bißchen Bewegung nach vorwärts bekommen und nicht nur immer sehen, wie es uns unter den Händen erfällt. Wir brauchen das nicht nur aus politischen Gründen, wir brauchen das aus ökonomischen Gründen, und ich glaube, wir haben in Aachen den Durchbruch erzielt, und wir werden in Brüssel dann auch im Sinne von Aachen abschließen. Alle die Leute, die da zwischen durch Bedenkenträger waren, weil sie nämlich aus ganz anderen Gründen als aus dem Währungssystem dagegen sind. Der Bundeskanzler hat ja schon darauf hingewiesen, wie empfindlich dann in Frankreich reagiert wurde auf die völlig selbstverständliche Bemerkung, daß ein gewähltes Parlament ein anderes Selbstbewußtsein haben wird als ein delegiertes. Die natürlichste, banalste Sache der Welt wird aufgeblasen und erzeugt einen so starken internen französischen Druck. Man sieht also, daß hier Widerstände zu überwinden sind, gegenüber einer europäischen Lösung, die sich natürlich in technischen Bedenken bemerkbar machen. Also daß hier die beiden Personen, die jeweils den deutschen und französischen Staat repräsentieren in Brüssel, nicht nur repräsentieren, sondern auch vertreten, diese technischen Bedenken im Sinne einer vernünftigen Regelung überwinden werden, ist ohne Zweifel.

Dr. Emminger:

Vielen Dank, Herr Matthöfer. Ich habe nun auf meiner Liste die Herren Kloten und Wertz. Herr Schlesinger?

Dr. Schlesinger:

Eine kleine Zwischenfrage zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers.

Dr. Emminger:

Bitte, Herr Schlesinger.

Dr. Schlesinger:

Habe ich es richtig verstanden, daß Sie gesagt haben, es hinge auch noch davon ab, wie die endgültige Regelung für den Saldenausgleich ausfällt. Ich meine, also wie Herr Pöhl dargestellt hat, sind wir ja der Meinung, daß man an der Regelung für den Saldenausgleich nach unserem formellen Standpunkt nicht mehr abweichen kann.

Minister Matthöfer:

Nicht wie, sondern wann. Ob wir nach 30 Tagen, oder nach 60 Tagen oder ob konditioniert. Dies ist ja wohl noch in Brüssel zu regeln.

Dr. Emminger:

Ich hätte dazu am Schluß noch etwas zu sagen, weil ich bei der letzten Ministertagung in Brüssel gerade auch den Standpunkt der Bundesbank zu vertreten hatte. Aber ich möchte doch jetzt zunächst den Herren Kloten und dann Herrn Wertz das Wort geben. Bitte, Herr Kloten.

Prof. Kloten:

Herr Vorsitzender ich habe durchaus mit Befriedigung gehört, was Herr Minister Matthöfer zu dem sagte, was Herr Pöhl vortragen und zugleich vorgeschlagen hat. Trotzdem liegt mir daran, zu betonen, daß ich mit den Vorschlägen von Herrn Pöhl voll und ganz übereinstimme. Es war nicht immer so, Herr Pöhl, in der

Vergangenheit bei unseren Erörterungen über den Fortgang des EWS, daß ich Ihnen in allem zustimmen konnte. Manchmal im Gegenteil. Ich betone aber meine Übereinstimmung mit dem, was Sie sagten, und was Sie vorgeschlagen haben aus zwei Gründen.

Der erste Grund ist der, daß durchaus der Eindruck auch außerhalb der Bundesbank hat entstehen können, daß ein Sich-Versagen gegenüber Lösungsansätzen oder auch ein Beharren gegenüber bestimmten Lösungsansätzen Ausdruck einer generellen Ablehnung neuer währungspolitischer und damit auch europapolitischer Initiativen ist. Das braucht keineswegs so zu sein und ist auch keineswegs so. Das Bekenntnis zu Europa und zu europapolitischen Initiativen, damit auch währungspolitischen Initiativen, ist eben das eine. Das andere ist das klare Urteil gegenüber den anvisierten Initiativen und damit unter Umständen auch die kritische Distanz gegenüber solchen Initiativen. In diesem Kreise hatten sehr viele, oder vielleicht sollte ich besser sagen, nicht wenige, starke Vorbehalte, weil sie eben doch die außerordentlichen währungspolitischen Risiken sehen, die die neue Lösung mit sich bringt. Aber das bedeutet nicht genereller Vorbehalt. Was mich angeht und ich möchte dies hier betonen, so habe ich schon etliche Monate vor den Bremer Beschlüssen hier dafür plädiert, daß wir uns mit den neuen währungspolitischen Initiativvorstellungen, die ja an verschiedenen Stellen ausgearbeitet worden sind, befassen und auch gegebenenfalls eigene Vorstellungen entwickeln. Was das neue System so bedenklich macht, sind nicht die Lösungselemente jeweils für sich genommen, sondern die Konfiguration als ganzes. Also das Zusammenspiel, die Komposition, die sich ergibt einmal aus der Rolle, die die Währungskorblösung tatsächlich hat, aus den damit verbundenen Interventionsregeln, dann weiter aus den Vorstellungen über eine Konzertation der Währungspolitik im Hinblick auf Drittwährungen, also vor allem im Hinblick auf den Dollar, und schließlich mit bezug auf die Aufstockung der Währungsbeistände. Und von daher ergibt sich auch die Sorge, die wir haben, in bezug auf die mögliche Rolle oder auch Nicht-Rolle von Auf- und Abwertung. Es geht hier um den Stellenwert dieses Lösungsansatzes, auf den man gerne verzichten möchte, wenn es gelänge, das zu erreichen, was ja eigentlich allgemein angestrebt wird, nämlich eine Konvergenz in Richtung

auf mehr Stabilität. Und, wenn man die Dinge so sieht, wenn man weiter in Betracht zieht, daß unsere europäischen Partner ja außerordentlich hart verhandeln, wie hart, Herr Emminger, das wir ja auch wieder deutlich aus Ihrem jüngsten Schreiben über die noch offenen Punkte. Man hat manchmal den Eindruck, nicht wahr, daß einige unserer Verhandlungspartner nicht bereit sind, auch in Punkten, die wir selbst als peripher ansehen möchten, wenn sie eben nicht in diesem Kontext stehen, auch nur einen Schritt zurück zuweichen. Und deswegen ist dieses Beharren unsererseits auch auf Elementen der Gesamtlösung nicht Ausdruck, und auch dieses möchte ich mit einigem Nachdruck sagen, eines kleinlichen Denkens, sonder der Sorge, daß diese Elemente im Gesamtzusammenhang ein größeres Gewicht haben könnten als sie unserer Meinung nach haben sollte. Deswegen muß man auch sehen, daß eben das System, so wie es nach insgesamt sich darstellen wird, exekutierbar ist und wir sind es ja, die es zu exekutieren haben. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß die Sorge um Währungsstabilität nicht allein unsere Sache ist, aber wir sind nun einmal primär verantwortlich und insofern Herr Bundeskanzler, bitte ich um Verständnis, wenn wir in manchem auf Punkten insistieren, ja insistieren müssen, wo der Außenstehende, auch der Politiker vielleicht meint, daß hier etwas mehr Großzügigkeit am Platze ist. Aber wenn es ums Verhandeln geht, muß man auch immer - respice finem - sehen, wie man nachher damit fertig wird und muß auch in Betracht ziehen das Insistieren einiger unserer Partner, selbst unseres französischen Partners, in Punkten, wo wir glaubten, nach unseren Informationen zu einer besseren, nämlich uns mehr konvenierenden Lösung gekommen zu sein. Deswegen also meine Bitte, das was Herr Pöhl als unseren Standort dargestellt hat - und ich identifiziere mich damit, wenn ich sage unseren Standort - zur Geltung zu bringen schon am kommenden Montag und Dienstag, weil ich wie Herr Pöhl der Meinung bin, daß es dann wesentlich einfacher ist, die Einzelheiten auszuhandeln und weil uns dies auch dann später erleichtern könnte, mit dem System fertig zu werden. Schwer genug wird es ohnehin werden.

Dr. Emminger:

Vielen Dank, ich habe jetzt noch die Wortmeldungen der Herren Wertz und Köhler.

Herr Wertz:

Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler, auch wenn man die Fakten in Ihrem großen außenpolitischen Szenario, in allen Punkten mit Ihnen so sieht, wie sie dargelegt wurden, dann schließt das ja nicht aus, daß man bei den Schlußfolgerungen in wichtigen Fällen zu einer abweichenden Meinung kommen kann. Da aber der Zentralbankrat nicht der Ort ist und Mitglieder des Zentralbankrats nicht unbedingt legitimiert sind, hier heute in diesem Raum Außenpolitik zu diskutieren, möchte ich mich beschränken auf eine Anmerkung, die anknüpft an eine Ihrer besonderen Formulierungen. Sie haben gesagt, daß durch unsere Erfolge das Eis nicht dicker wird. Der Gesichtspunkt ist in unseren internen Diskussionen gelegentlich aufgetaucht. Man könnte den Gesichtspunkt, so wie er hier aufgekommen ist, zusammenfassen mit der Anmerkung: "Wird es durch die Dreingabe von Geld, finanziellen Hilfen in welcher Form immer, oder wird es durch finanzielle Hilfen in der jetzt hier vorgegebenen Form dicker, das Eis?" Diese Frage würde ich mir generell zu stellen erlauben. Das ganze System und die Vorläufer stehen und fallen mit der binnenwirtschaftlichen Stabilität in jedem der einzelnen Partnerländer. Es wird erwartet, daß diese Länder sich mehr bemühen als bisher und es werden dafür Ansätze gesehen. Verpflichtet sind die Partnerländer seitdem sie den Vertrag von Rom unterschrieben haben, Stabilitätspolitik zu betreiben, der Artikel 104 ist da ziemlich eindeutig. Die Ergebnisse sind bedenklich negativ, wenn man sieht, daß die drei großen Partner gegen 10 % Inflationsrate entfalten. Der eine ein paar Zehntel drunter, der andere ein, zwei Prozent zur Zeit drüber. Die Italiener haben, so ist von dem Direktorium berichtet worden, noch vor wenigen Wochen hier vorgetragen, daß sie nach ihren Plänen glauben, daß die Inflationsrate in etwa drei Jahren auf 9,x % gesenkt werden könne.

Bundeskanzler Schmidt:

Aber sehen Sie sich die Zahlungsbilanz der Italiener an in den letzten 24 Monaten.

Herr Wertz:

Dies könnte aber, Herr Bundeskanzler, dann wenn der Dollar sich stabilisiert, sich sehr schnell ändern, würde ich mir zu erwidern gestatten. In bezug auf die disziplinierenden Wirkungen haben wir bei der letzten Spekulationsschwemme, durch einen Partner angeheizt - wie hier berichtet worden ist, durch die Belgier - am Freitag vor dem letzten kleinen Realignement rund 1,5 Mrd hier aufnehmen müssen. Wir haben den Eindruck, daß sie sich nicht nur zieren, sondern daß sie jemanden in unserer Position der Stärke zum Schwachen stempeln und zynisch auffordern: "Na, küssiert doch wieder ein, sammelt doch wieder ein, was ihr da an DMark aufgewandt habt". Und wie schwer das ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen, Ihnen nicht und dem Herrn Bundesfinanzminister nicht. Der Korbindex, nach den Interpretationen zu dem Annex der Beschlüsse von Bremen, ursprünglich - nach den Interpretationen sage ich ausdrücklich - wie eine perfekte Inflationsmaschine konzipiert, wird jetzt nur zu Konsultationen uns Anlaß geben. Wird die Divergenzschwelle erreicht, eine manipulierte Divergenzschwelle für die größeren, also hauptsächlich für die Bundesrepublik, erreicht, so zwingt uns dies zu Konsultationen, mit der Möglichkeit von Non-Action. Herr Vorsitzender, ich glaube, Sie haben ein weißes oder ein rotes Telefon, Sie korrespondieren also täglich mit Ihren Kollegen in den anderen Nationalbanken. Ich will andeuten, Sie haben also jede technische Möglichkeit und nehmen Sie nach Ihren Berichten ja auch wahr, mit den Notenbankgouverneuren aus dem Stand sich abzustimmen. An Konsultationsmöglichkeiten und an Konsultationen hat es also bisher nicht gelegen. Es fehlte immer nur an der Übereinstimmung. Und da kommen wir zu der richtigen Frage, Sie haben Herr Bundeskanzler in dankenswerter Klarheit gesagt, daß mit Bestimmtheit die Sorge ausgeräumt

werden könne, daß Non-Action de facto keine Möglichkeit werden würde. Aber da kommt unsere Sorge, daß die Möglichkeit bleibt, ich will sagen, unsere Sorge fußt auf der hier in dem Kreise auf Erfahrung beruhenden Einsicht, daß es ein Gesetz gibt, das uns allein trifft, daß wir nicht allein ständig "Nein" sagen können. Da hatten wir uns irgendwann einmal drauf verständigen müssen, und zwar bei sehr gravierenden Fragestellungen. Zwischen der letzten Sitzung dieses Gremiums und heute sind meine Sorgen neuerlich wieder bestärkt worden. Man kann zwar sagen, Herr Bundesfinanzminister, daß sich das wiederum in den Niederungen, mit Verlaub zu sagen, in denen Sie auch agieren müssen, abspielt, es war die Niederung des Ausschusses für Wirtschaftspolitik der EG.

Minister Matthöfer:

Aber das ist doch noch eine Stufe darunter.

Herr Wertz:

Ich frage mich nur, auf welcher Ebene muß die Bundesbank es nachher ausfechten?

Bundeskanzler Schmidt:

Sie brauchen sicherlich nicht in den wirtschaftspolitischen Ausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages zu gehen.

Herr Wertz:

Nicht mehr, Herr Bundeskanzler. Ich weiß diesen Umstand auch zu schätzen.

Bundeskanzler Schmidt:

Sie brauchen auch nicht in diesen Ausschuß zu gehen, von dem Sie eben gesprochen haben.

Herr Wertz:

Nur er hat also formuliert, und wenn ich einen Satz zitieren darf: "Notwenige Voraussetzung für ein harmonisches dauerhaftes Funktionieren des EWS ist eine Angleichung der Inflationsraten auf den niedrigst möglichen Stand, ohne daß hierdurch deflationäre Effekte hervorgerufen werden." Das schaut uns aus allen Papieren immer entgegen und die Frage ist doch, ob nicht die Prägekraft aller dieser Festlegungen und Interpretationen nachher bei den Klein-Klein so stark ist - ich bin Herrn Pöhl sehr dankbar, für seine Klarstellung und möchte mich Herrn Kloten in dem Punkte ausdrücklich anschließen - , daß wir bzw. die zuständigen Herren der zuständigen Ministerien und Dezernenten des Direktoriums dies auszustehen haben. Herr Bundeskanzler, ich weiß, daß Sie einmal vergeblich versucht haben, Frankreich zu helfen in einer schwierigen Lage, jedenfalls nach zuverlässigen Zeitungsnachrichten, andere Quellen stehen mir nicht zur Verfügung, daß Herr Pompidou es abgelehnt hat, eine Finanzhilfe der Bundesrepublik entgegenzunehmen.

Bundeskanzler Schmidt:

Nachdem sein Finanzminister glücklich war. Und sein Präsident es ihm dann verunmöglicht; es ist völlig zutreffend, was Sie da sagen.

Herr Wertz:

Ich bedanke mich auch für diese zeitgeschichtliche Erklärung, denn man liest es ja nur in der Zeitung.

Bundeskanzler Schmidt:

Wir dürfen es auch nicht veröffentlichen, ich kann es auch nicht öffentlich sagen.

Herr Wertz:

Wir wissen also genau, wie hoch der Wahrheitsgehalt ist. Aber nachdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika von Japan,

von der Schweiz und von uns Swaps in den bekannten Größenordnungen zur Stützung des Dollar entgegennehmen, würde ich es auch für europapolitisch und für außenpolitisch durchaus befriedigend ansehen, wenn wir gegenüber unseren französischen Nachbarn, der französischen Republik, in der selben Weise uns nicht in der Stärke bindend Hilfe leisten würden, wenn es darauf ankommt. In den Ansätzen, in den Zielen also eine völlige Übereinstimmung. Was das Modell, was die Lösungen anbelangt, große Sorge. Ich glaube Herr Bundeskanzler, auch wenn es erst am Ende dieser Sitzung zu solch allgemeinen Betrachtungen gekommen ist. Es war einer der Vertreter der "dissenting vote-Gruppe", einer der Nonkonformisten verpflichtet, Ihnen zu sagen, welche Überlegungen uns zu unserer Nichtzustimmung geführt haben.

Dr. Emminger:

Vielen Dank. Ich habe jetzt noch Herrn Professor Köhler und ich glaube, daß wir dann die Rednerliste schließen müssen, weil die Zeit abgelaufen ist. Herr Köhler.

Prof. Köhler:

Herr Bundeskanzler, wir wollten Ihnen heute, und wollen Ihnen, Kritik vortragen, unsere Sorgen vortragen. Aber vielleicht ist es zweckmäßig, bevor Sie gehen, daß Sie auch eine Stimme hören, die in diesem Modell eine ganz große Chance sieht. Nicht nur, daß wir uns wohl, wie Herr Wertz gerade sagte, über die Ziele sicher einig sind, eine größere Währungsstabilität in Europa zu haben und andererseits aber auch uns darüber klar sind, daß das nur mit währungspolitischer Disziplin in Europa geht. Wenn man die Konsequenz jetzt zieht aus der Schlange und aus Bretton Woods, dann kommt man eigentlich automatisch dazu, daß wenn es ernst sein soll in Europa mit wirtschaftspolitischer Disziplin, daß man irgend etwas wie einen Indikator benötigt, um die Regierungen und Zentralbanken gleichsam automatisch zu Konsultationen an einen Tisch zu bringen und den Versuch zu machen, neben dem Interventionssystem die Wirtschaftspolitik

abzustimmen, um gerade zu große Interventionen zu vermeiden. Wenn dieser Indikator für uns Sorgen bereitet, dann sind es die Sorgen in meinen Augen vor allem in der Übergangszeit, in einer Zeit, in der wir es noch nicht geschafft haben, unsere Partnerländer auf mehr Preisstabilität zu bringen. In dieser Zeit ist es ja das Problem, daß wir nicht in die Gefahr kommen, die hier geschildert wurde, daß wir den Weg zu starker Interventionen und schließlich dann von Preissteigerung gehen müssen. Wir dürfen aber, glaube ich, nicht verkennen, daß hier eine ganz große Chance in der Abstimmung der Wirtschaftspolitik gerade mit Hilfe dieses Indikators liegt und das Modell, das vor uns liegt, doch ganz etwas anderes ist als nur eine Erweiterung der Schlange. Und dazu zählt in meinen Augen auch die künstliche Währungseinheit, die ja, das mag ein weiterer Aspekt sein, die ja aber doch vielleicht einmal davon wegführen soll, daß eine nationale Währung eine Leitwährung ist. Im Grunde kann ich nur sagen, das ist mehr ein Wunsch, auch an die Regierung, daß das ganze System natürlich nur funktioniert, wenn es im Grunde glaubwürdig gehandhabt wird. Und daß in dem Augenblick, wo diese Glaubwürdigkeit nicht dem System immanent ist, natürlich die ganz große Gefahr besteht, mit all den Konsequenzen, daß das System nicht zu halten ist. Aber dieses wollte ich doch noch betonen, daß wir mit dem Gesamtmodell hier etwas anderes haben als Schlange und Bretton Woods und daß hier eine Chance ist, zu einer Abstimmung der Wirtschaftspolitik zu kommen.

Dr. Emminger:

Vielen Dank. Mit dem Blick auf die Uhr müssen wir nun die Diskussion zu Ende bringen. Ich möchte ganz kurz das, was sich hier als unser Standpunkt ergeben hat, versuchen zusammenzufassen, ehe der Herr Bundeskanzler seinerseits ein Schlußwort zu dieser Debatte spricht.

Zunächst zu den Punkten, die besonders das Verhältnis zwischen Regierung und Bundesbank betreffen. Ich möchte noch einmal wiederholen, daß zu dem entscheidenden Punkt 3 der Voraussetzungen, die wir das letzte Mal im Zentralbankrat gemeinsam formuliert haben, der Herr Bundeskanzler ganz klar erklärt hat, daß er sachlich mit uns übereinstimmt, obgleich es aus triftigen Gründen nicht möglich ist, insbesondere die letzten zwei oder drei Zeilen dieser Ziffer 3 schriftlich zu bestätigen. Mehr brauche ich, glaube ich, dazu nicht zu sagen, denn die sachliche Übereinstimmung ist ja voll und ganz festgestellt worden. Das gilt auch für die Einstellung zur Wechselkurspolitik betreffend die DMark. Es gab völlige Übereinstimmung, daß hier vielleicht manche Dinge getan werden müssen in Zukunft. Es war auch klar geworden, daß in dem neuen System manchmal bei Erreichen der Divergenzschwelle auch eine Wechselkursänderung zur Diskussion stehen könnte. Ich glaube wir können uns auf die Formulierungen zur Wechselkurspolitik verlassen, die in den betreffenden Paragraphen des Berichts des Währungsausschusses über diese Angelegenheit enthalten sind. Wenn danach gehandelt wird, so ist glaube ich den Bedenken und den Vorstellungen, die hier vorgetragen worden sind, voll Rechnung getragen.

Nun will ich ganz kurz die Punkte aufzählen, die vermutlich in Brüssel auf der Gipfelkonferenz auf dem Tisch liegen werden. Ich möchte hier zunächst wiederholen, was Herr Pöhl schon gesagt hat, daß wir natürlich sehr daran interessiert sind, daß diese Fragen auch von den Regierungschefs so entschieden werden, wie es im Verhältnis zwischen Regierung und Bundesbank immer als einheitlicher Standpunkt zum Ausdruck gebracht wurde. Wir werden ja dann im weiteren Verlauf die Abmachungen unter den Notenbanken auszuhandeln haben, und da kommen einige dieser Punkte dann wieder hoch. Ich wiederhole diese noch einmal.

Eine Sache, die nicht bei den Notenbanken, sondern jetzt schon bei den Regierungschefs wird geregelt werden müssen, das ist die Rolle des Indikators. Es ist mit Recht gesagt worden, daß die Konsultationspflicht eine Chance auch für uns ist, nicht nur eine Belastung, und es ist glaube ich auch völlige Einigkeit hier zu Tage getreten dahingehend daß die Non-Action, d.h. das Nichthandeln, ebenso gleichberechtigt sein muß wie das Handeln. Ich will noch einmal die Möglichkeiten des Handelns aufzählen, also abgesehen von der Non-Action; monetäre Maßnahmen, intramarginale Interventionen, Wechselkursmaßnahmen; aber unter keinen Umständen Dollar-Interventionen als Verpflichtung.

Bundeskanzler Schmidt:

Weder Dollar- noch andere Interventionsverpflichtungen.

Dr. Emminger:

Ich würde sogar sagen, Herr Bundeskanzler, man sollte hier Dollar-Interventionen gar nicht aufführen, sondern sollte in einer allgemeinen Formulierung, wie es schon einmal in einem Kompromißpapier zum Ausdruck kam, sagen: "diversifizierte Interventionen" und offen lassen, was das ist, damit gar nicht irgendwie der Eindruck entsteht, als ob man hier unter einen Druck gesetzt werden könnte.

Bundeskanzler Schmidt:

Ich glaube, das kann ich zusagen, daß wir nicht von Dollars reden werden. Aber wir dürfen auch nicht unter die Pflicht geraten, in anderen Währungen zu intervenieren.

Dr. Emminger:

Keine Pflicht, Bereitschaft, hier zu konsultieren.

Der nächste Punkt: Kreditmechanismen. Ich kann nur bestätigen, was schon gesagt worden ist: Bei den letzten Verhandlungen in Brüssel - Herr Matthöfer wird das bestätigen - gab es ein gewisses Aufatmen bei anderen Delegationen, als wir unsere Bereitschaft kundtaten, so weit zu gehen, wie wir besprochen hatten. Wir könnten sogar hier "eine Idee" weitergehen, entsprechend dem, was wir das letzte Mal hier als Verhandlungslinie besprochen haben. Aber wir haben immer gesagt das sollte man nur tun, wenn es als bargaining point unbedingt notwendig ist, um alle anderen Sachen in unserem Sinne zu regeln. So wie heute unser Angebot ist mit 12 1/2 Mrd Rechnungseinheiten kurzfristig und 12 1/2 Mrd mittelfristig, Herr Bundeskanzler, wird es ja sehr dem entsprechen, was im Bremer Modell niedergelegt ist. Dort wird ja gesagt, daß ein Hauptteil der neugeschaffenen Kreditlinien mit wirtschaftspolitischen Auflagen versehen sein soll, und nur die mittelfristigen Kredite sind mit wirtschaftspolitischen Auflagen versehen, während die kurzfristigen Kredite zwar eines Beschlusses bedürfen, aber quasi-automatisch sind. Deswegen hat man glaube ich hier ein sehr starkes Argument auf unserer Seite.

Dann kommt noch die Frage der Fristen für den Saldenausgleich. Das war für uns immer deswegen ein wichtiger Punkt, weil das der einzige Fall ist, wo eine Verpflichtung zum Stillhalten in unbegrenzter Höhe da ist. Das ist etwas für eine Notenbank sehr ungewöhnliches, und das war von uns nie als Kreditfazilität gedacht, sondern nur als eine Stundung, die notwendig ist, bis man am Ende des nächsten Monats den Ausgleich vornimmt. Also etwas ungewöhnliches. Hier können wir darauf verweisen, Herr Bundeskanzler, daß in dem Bremer Modell überhaupt nichts zu finden ist, was der Forderung auf eine Er-streckung der Frist über die 30 Tage hinaus berechtigt. Wenn wir bei den 30 Tagen bleiben, ergibt sich aus der Addition der dann vorhandenen Möglichkeiten, der automatischen, aber betrag begrenzten Verlängerung um 3 Monate zusammen mit den neun Monaten des kurzfristigen Währungsbeistandes, eine Frist von

annähernd 13 Monaten, d.h. mehr als das Jahr, das als kurzfristige Kreditmöglichkeit im Bremer Modell steht. Ich glaube also, daß wir auch hier sehr gute Argumente auf unserer Seite haben. Vor allem: es ist ganz notenbankfremd, wenn man ohne jede Begrenzung hier in der Stundung weitergehen soll. Es gibt eine automatische Verlängerung um 3 Monate, aber mit einer Begrenzung auf die Schuldnerquote und da die Schuldnerquote in dem neuen Modell beinahe verdreifacht wird, ist an sich schon eine sehr starke Erweiterung drin.

Letzter Punkt: der allgemeine Punkt, den Herr Pöhl auf den Tisch gelegt hat, nämlich daß es sich in dieser Anlaufphase um eine experimentelle Phase, um ein Experimentalstadium, handelt und man nicht alle Dinge schon so anlegen kann (z.B. beim ECU), daß die spätere Endlösung präjudiziert wird. Es ist sicher richtig, was Herr Minister Matthöfer sagte, daß natürlich die Entwicklungslinien auch drin sein müssen. Wir wollen uns ja nicht irgendwie die weitere Entwicklung verbauen. Es gibt aber Dinge, die man nicht schon so festzurren soll, daß man nicht im Lichte der Erfahrungen dann noch Änderungen vornehmen kann. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen.

Das war der Kommentar, den ich zu allen diesen Punkten von unserer Seite aus machen möchte, und ich darf wohl annehmen, daß der Zentralbankrat mit dieser allgemeinen Linie einverstanden ist. Ich habe zu meiner Befriedigung gehört, daß mehrere Mitglieder des ZBR gesagt haben: wenn diese Linie durchgesetzt wird, was wir ja annehmen, dann würden sie auch ihre sonst oder vorher noch bestandenen Bedenken zurückziehen, und ich glaube, Herr Bundeskanzler, es wäre sehr erwünscht, daß wir hier eine große allgemeine Übereinstimmung erreichen können, denn wir wollen diese Sache positiv zu einem guten Ende, d.h. zu einem Erfolg bringen.

Bundeskanzler Schmidt:

Zum guten Anfang!

Dr. Emminger:

Natürlich! Zum guten Anfang, nicht zum Ende. Zu einem guten Anfang und zu einem wirklich dauerhaften neuen System. Ich wäre Ihnen, Herr Bundeskanzler, sehr dankbar, wenn es Ihre Zeit noch erlauben würde, etwas zu sagen.

Bundeskanzler Schmidt:

Ich glaube, ich habe gerade noch eine viertel Stunde oder 16 Minuten. Ja sehr schönen Dank für Ihre Schlußbemerkung, die Sie als Resumée gezogen haben, Herr Emminger. Vielleicht darf ich meinerseits am Schluß darauf zu sprechen kommen. Ich möchte aber doch einigen, Frau Dingwort-Nusseck und einigen Herren, auch direkt antworten dürfen und sie nicht mit benign neglect übergehen, zu dem was sie gesagt haben. Frau Dingwort-Nusseck hatte sich in der Statistik umgeschaut, ich glaube wir werden in diesen Punkt übereinstimmen; ich habe zwar die Statistik nicht vor mir liegen. Die Tendenz der Entwicklung der ersten 15 Jahre des Gemeinsamen Marktes, daß nämlich der intragemeinschaftliche Handel deutlich schneller wuchs als der Außenhandel über die Grenzen des Gemeinsamen Marktes hinaus. Diese Tendenz ist gebrochen seit 5 Jahren. Darauf kommt es mir an. Daß das in einzelnen Jahren ein bißchen weniger, ein bißchen mehr ist, ist nicht entscheidend, entscheidend ist, daß die Tendenz eines früher sehr viel schnelleren Anwachsens innerhalb der Gemeinschaft gegenüber dem Gesamt-handel nach draußen, daß diese Tendenz gebrochen ist, das halte ich für das entscheidende. Sie haben gesagt, man könnte sich auch einen anderen Weg vorstellen: massiver Ressourcentransfer. Sicherlich kann ich mir auch dies vorstellen, nur in welchem Parlament setzen Sie das durch. Schon die Kapitalmärkte sind limitiert, wenn sie dann in die Haushalte gehen wollen, da müssen wir erst einmal die Demokratie abschaffen, wenn wir also aus dem Bundeshaushalt jedes Jahr 6 Mrd nach Italien, Schottland, Wales und Irland geben würden. Ich meine, hier sind die Limitierungen einer Demokratie; übrigens auch innerhalb eines anderen ökonomischen

Systems, nämlich des RGW, setzt die Sowjetunion diesen Ressourcen transfer nur oft mit sehr vielen Tricks unter der Decke durch und nicht etwa so, daß Kapital aus Haushalten übertragen wird. Das ist also in Demokratien außerordentlich schwierig, die Möglichkeiten sind begrenzt, werden auch leider nur in begrenztem Maße genutzt, aber sie werden genutzt. Der Weg, der hier jetzt beschritten wird, zusätzlich zu allem, was bisher bestand, der Weg des Währungsverbundes, da haben Sie gefragt: Was hat sich eigentlich geändert? Wesentlich hat sich geändert a) das neu entstandene Stabilitätsbewußtsein in Rom, vor allen Dingen in Paris, und der Wille. Eine der wichtigsten Voraussetzungen. Und zum anderen hat sich b) natürlich geändert, daß aus dem amerikanischen benign neglect, was die Dollar-Zahlungsbilanz angeht, inzwischen ein malign neglect geworden war unter Herrn Carter und Herrn Blumenthal. Und es war dringend notwendig, daß der Europäer dem Amerikaner sagt, so geht das nicht weiter. Ich komme auf Amerika gleich noch einmal zurück. Ich sehe Herrn Blumenthal glaube ich morgen oder nächste Woche und habe ihm dann auch noch einmal ein ges dazu zu erklären. Der dritte Weg, von dem immer geredet worden ist in solchen Ausschüssen, wie Herr Wertz sie vorhin zitiert hat, aber immerhin ist das bisher nur ein Papier geblieben, Harmonisierung der ökonomischen Politik, darüber brauchen wir nicht mehr lange zu reden. Es wird nur gehen mit der Disziplin, zu der Regierungen gezwungen werden, wenn sie selber die Verantwortung zu übernehmen haben durch Aufwertungs- oder Abwertungsbeschlüsse gegenüber der öffentlichen Meinung, und das nicht mehr den Devisenbörsen überlassen können.

Es hat übrigens diese Harmonisierung der ökonomischen Politik auch deswegen nicht funktioniert, weil die Freigabe der Wechselkurse die Regierungen entlastet hat von Verantwortung. Das hat eine Rolle mitgespielt. Die Freigabe der Wechselkurse hat die Regierung von Verantwortung entlastet. Zunächst scheinbar. Im innenpolitischen Verhältnis zu ihrer öffentlichen Meinung, scheinbar und zunächst entlastet. Das hat sie auch entlastet vor dem Druck, ihre Wirtschaftspolitik richtig einzurichten. Dies gilt ganz besonders für die Vereinigten Staaten von Amerika. Ich finde, wenn die hätten abwerten wollen, hätte Bretton Woods nie

scheitern müssen. Und wenn sie die Abwertung hätten vermeiden wollen, dann hätten sie ihre ökonomische Politik ändern müssen. Beides haben sie nicht gewollt. Daran ist Bretton Woods zerbrochen. Und das führt mich dann gleich zu Herrn Irmeler. Ich würde diese Sache, die wir hier starten, nicht mit Bretton Woods vergleichen. Bretton Woods ist gescheitert, weil die "Ankermacht" des Bretton Woods-Systems, die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Pflichten nicht erfüllt hat. Die Ankermacht des neuen Systems sind die Franzosen und die Deutschen zusammen; hoffentlich wird man nicht sagen, es sind die Deutschen. Aber jedenfalls die Deutschen, Herr Irmeler, werden ja überhaupt niemals eine solche Zahlungsbilanz-Neglect und Inflations-Neglect veranstalten wie die Vormacht des Bretton Woods-Systems, die USA. Und deswegen würde ich den Vergleich mit Bretton Woods wirklich nicht ziehen wollen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben bis zum 1. November des Jahres 1978 gebraucht, die Konsequenzen zu ziehen aus einem Neglect, der 1968 angefangen hat, also zehn Jahre. Man weiß noch nicht einmal, ob die jetzt gezogenen Konsequenzen endgültig sind. Ich selbst bin nie, wenn ich das Herrn Irmeler sagen darf, ein grundsätzlicher Anhänger frei schwebender Wechselkurse gewesen. Ich bin auch kein grundsätzlicher Anhänger von festen Wechselkursen. Ich denke, man muß sich ein bißchen pragmatischer einrichten. Ich rate aber davon ab, nun die Entscheidung zwischen dem einen oder dem anderen System nur an divergierenden Inflationsraten messen zu wollen; wenn die alleine entscheidend wären, so ist schwer zu erkennen, warum dann eigentlich der Yen gegenüber dem Dollar so gestiegen ist. Sondern hier spielen vielerlei Faktoren eine Rolle, insbesondere spielt das current account eine Rolle und die Erwartungen, die die Menschen haben hinsichtlich der Entwicklung des current account. Außerdem spielt das capital account auch eine Rolle; es spielen viele Faktoren eine Rolle, die Inflationsraten sicherlich auch. Aber die Inflationsraten von Yen und Dollar waren nicht so weit auseinander, daß der Yen hätte so steigen müssen und der Dollar so fallen.

Zu Herrn Pöhl möchte ich grundsätzlich sagen, die Bundesregierung hatte in den letzten Wochen und Monaten außerordentlich Nutzen gehabt von der Argumentation der in voller Autonomie han-

delnden Bundesbank und ihres Zentralbankrats. Sie wird auch dieser Nutzen in Zukunft einsetzen. Auch demnächst, in den nächsten Tagen in Brüssel. Jetzt ist die Gelegenheit, wo ich mal sagen darf, daß ich seit dem Juli 1972, das sind jetzt 6 1/2 Jahre, wo ich Finanzminister war und Bundeskanzler war, eigentlich Anlaß habe, mich an diese hervorragende Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Bundesbank dankbar zu erinnern. Diejenigen, die die Bundesbank in allfälligen Beratungen des Kabinetts in Bonn vertreten haben, sei es Herr Klasen, sei es Herr Emminger, sei es Herr Schlesinger, auch mal Herr Irmeler oder Herr Pöhl, werden ihrerseits sicherlich hier berichtet haben, wie stark wir versucht haben; auf das zu hören, was in jeweiligen ökonomischen Beschlußlagen uns von der Bundesbank an Rat gegeben worden ist. Herr Pöhl, das ECU 1 wird sicherlich zunächst Recheneinheit sein und nichts anderes, und wie Sie mit der Rekonstitutionsklausel zurecht kommen, da haben Sie recht, das ist Ihre Sache, aber da habe ich auch gar keine Befürchtung, daß Sie damit nicht zurecht kommen. Das werden Sie schon hinkriegen. Ich stimme Herrn Profess Köhler ausdrücklich bei, was das ECU 2 angeht. Das hat er nämlich gemeint, wenn ich ihn richtig verstanden habe. So kommt das ja erstens später und nicht jetzt, sondern dann, wenn die völkerrechtlichen Konstruktionen da sein werden, die ja noch der Erfahrungen der nächsten zwei, drei Jahre bedürfen, um überhaupt auf den Tisch gebracht zu werden. Aber wenn es dann kommt, dann steckt darin eine große Entfaltungsmöglichkeit für die Zukunft und die einzige Chance zu verhindern, daß die Deutsche Mark in wachsendem Maße als Währungsreserve neben den amerikanischen Dollar tritt. Die einzige Chance zu verhindern, daß die DMark als Leitwährung mehr und mehr Gewicht in der Welt bekommt, mit allen Gefahren, die das auch mit sich bringt. Diese Chance steckt im ECU 2. Ohne daß man das heute laut sagen muß; sonst werden die Engländer sagen, da sieht man es ja wieder, das ganze ist aus deutschem Egoismus geboren; aber das steckt im ECU 2 drin.

~~Herr Pöhl hat auch vom Korb-indikator oder von der Divergenzschwelle gesprochen, wir haben ja mehrfach jetzt darüber~~

Herr Pöhl hat auch vom Korbindikator oder von der Divergenzschwelle gesprochen, wir haben ja mehrfach jetzt darüber geredet. Herr Emminger hat es in seiner Zusammenfassung nochmals gesagt. Ich gehe keine Verpflichtung zur Intervention ein, weder in Dollar noch in anderen Währungen aufgrund der Divergenzschwellen. - Habe auch nie die Absicht gehabt. Und was die Sonderbehandlung von Schuldern wider Willen angeht, Herr Pöhl, das ist ein Widerspruch in sich. Diese potentiellen Schuldner wider Willen können nicht auf der einen Seite verlangen, daß wir bei der Divergenzschwelle intervenieren, und auf der anderen Seite wollen sie dafür hinterher die Lasten nicht tragen. Also, damit werden wir fertig, das bekommen wir hin. Ich wollte Sie gerne in diesem Punkt beruhigen. Was den ganz kurzfristigen Beistand angeht - davon hat Dr. Schlesinger gesprochen und andere -, so habe ich den Eindruck, daß die Franzosen uns darin beistehen werden, daß die Fristen nicht ausufern.

Dr. Emminger:

Es steht auch gar nicht im Bremer Kommuniqué drin.

Bundeskanzler Schmidt:

Herr Kloten hatte Bedenken geäußert wegen der Konzentration der Währungspolitik. Ich will da nur nochmal sagen, unterschätzen Sie bitte nicht das deutsche Gewicht, auch nicht das Gewicht der Deutschen Bundesbank. Auch nicht das Gewicht der Erfahrung, die Sie haben. Es gibt keine Notenbank in Europa - ich will die Schweiz im Augenblick ausnehmen - mit diesem Ausmaß an Erfahrungen über die letzten zehn Jahre. Unterschätzen Sie Ihr eigenes Gewicht nicht.

Sie haben eine Bemerkung gemacht, die mich zu einer Fußnote veranlaßt. Sie haben gesagt, für die Währungsstabilität sei die Bundesbank verantwortlich. Das ist ein Irrtum. Die Bundesregierung fühlt sich dafür ganz genau so verantwortlich wie Sie meine Damen und Herren.

Prof. Kloten:

- Dies hatte ich aber gesagt, Herr Bundeskanzler -

Bundeskanzler Schmidt:

Dann habe ich Sie mißverstanden. Es gibt keine ausschließliche Verantwortung der Bundesbank für die Währungsstabilität, sondern die Bundesregierung ist dafür ganz genau so verantwortlich, und sie steht dafür auch zur Wahl, im Gegensatz zur Bundesbank, und hat sich zur Wahl zu stellen alle vier Jahre. Dann eine Bemerkung von Herrn Wertz, der noch einmal auf Risiken hingewiesen hat. Ich möchte keinen Zweifel lassen, daß ich Risiken sehe. Ich habe das auch betont am Anfang. Ich sehe mehrere Risiken. Sie haben das alles noch ein bißchen aufgefächert. Ich würde nur gerne im Zusammenhang mit der Meinung von Herrn Wertz noch auf eine von mir gemachte Bemerkung hinweisen, ein Buch, das ich heute vor 9 1/2 Jahren geschrieben und veröffentlicht habe, zur Zeit der Großen Koalition, ein Buch, das sich mit deutscher Außenpolitik befaßte. Leider hat es einen irreführenden Titel. Die Leute haben gedacht, es sei militärische Strategie, die dort behandelt wird, es hieß: Strategie des Gleichgewichts. Da finden Sie die Feststellung: Währungspolitik ist Außenpolitik. In einem ganz kurzen Satz, drei Worte hat er nur, und das ist heute noch meine Meinung, sehr viel mehr durch die Erfahrungen der letzten neun Jahre, als früher; es ist nicht nur Innenpolitik, sondern eben auch durchaus Außenpolitik. Herr Wertz hat gesagt, ob die Dreingabe von Geld nun das Eis wohl dicker mache. Darauf gibt es eine zweifache Antwort. Bilateral lautet die Antwort: nein, das tut es nicht, weil es unangenehm für den Schuldner ist und weil dessen psychologische Aufladung gegenüber dem Gläubiger - im Falle Italiens haben wir es gesehen mit dem 5-Milliarden-Kredit (2 Mrd \$ = 5 Mrd DM), im Falle Frankreich brauchten wir es gottseidank nicht zu erleben, weil Pompidou es verhindert hat, wie Sie mit Recht in Erinnerung riefen. Bilateral, würde ich sagen: es macht das Eis nicht dicker, sondern dünner. Deswegen haben wir auch gegen Ende des Jahres 1976 abgelehnt, dem Vereinigten Königreich einen großen bilateralen Kredit zu gebe

Weil wir diese italienische Erfahrung hinter uns hatten. Wir haben dafür gesorgt, daß er multilateral zustande gebracht wurde über den IMF, was den doppelten Vorteil hatte, daß er mit Konditionen versehen werden konnte und daß die Deutschen nicht als die Hauptgläubiger in Erscheinung traten, obwohl die Amerikaner und Deutschen im wesentlichen die Gläubiger dieses Kredites waren. Multilateral macht er das Eis dicker, Herr Wertz. Wird er multilateral und über Institutionen gegeben macht er das Eis dicker, weil die Leute sich nicht Deutschland gegenüber verpflichtet fühlen müssen. Das entscheidende Risiko für unsere Währung ist nach meiner Auffassung nach wie vor überhaupt nicht das, was in Europa passiert, sondern das entscheidende Risiko für uns sind die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Zahlungsbilanz, ihre Inflationspolitik, ihre Wechselkurspolitik. Und auch in der Zukunft sind die Risiken, daß wir zu Interventionen gedrängt werden, in DMark gegen fremde Währung auf dem Dollarsektor gegenüber den USA direkt, nach wie vor viel größer als gegenüber europäischen Währungen. Sie brauchen ja nur die Sozialprodukte dieser paar EG-Staaten miteinander zu addieren und zu vergleichen mit dem Sozialprodukt der Amerikaner, um zu sehen, daß dort das größere Risiko bleibt

Hier liegen auch für uns Grenzen, meine Damen und Herren. Wir können nicht ad libitum zugunsten eines Dollar intervenieren der von der eigenen Regierung, von der eigenen Treasury, von der eigenen Federal Reserve Bank wie ein Fußball behandelt worden ist. Das können wir nicht. Aber wenn wir dann irgendwann sagen müssen: hier ist Schluß und Ende der Fahnenstange, dann brauchen wir aber hier in Europa Verbündete. Denn das ist so leicht nicht auszuhalten gegenüber dem militärischen Hauptverbündeten im Nordatlantischen Bündnis. Dann brauchen wir aber Kameraden, die neben uns stehen und sagen: Jawohl, die Deutsche haben recht, und es liegt auch nicht in unserem französischen Interesse, daß das dauernd europäische Währungen geopfert werden auf dem Markt der Intervention zugunsten eines Dollars, den das eigene Land schlecht behandelt. Dieses habe ich die Absicht,

Herrn Blumenthal, wenn er nächste Woche kommt, sehr deutlich zu sagen. Ich habe auch Herrn Carter darauf aufmerksam gemacht, was alles interveniert worden ist von deutscher Seite zugunsten der Sützung seiner Stabilitätspolitik. Die eigentliche Gefahr für die deutsche Stabilitätspolitik liegt nach wie vor stärker beim Dollar als bei allem, was hier in Europa passieren kann. Das bitte ich Sie sehr deutlich zu sehen. Und wenn ich sehe, mit welcher Schlankheit sich die Bundesregierung und der Zentralbankrat in diesem Herbst zu weiteren Swaps bereit erklärt hat für die USA und mit welch entsetzlichem Wust von Bedenken wir es zu tun haben, wenn es sich um Währungsbeistand gegenüber Frankreich und Italien handelt, ist das nicht im richtigen Verhältnis zueinander. Das muß ich sehr deutlich sagen.

Was den Korb angeht, der ist zunächst entstanden, Herr Wertz, als eine französischerseits erfundene - jetzt sage ich wieder etwas, was nicht in die Öffentlichkeit darf - Façon de parler, Badehose, Schminke, dafür daß die Franzosen zum drittenmal in einen Europäischen Währungsverbund eintreten, aus dem sie schon zweimal ausgetreten sind, und sie wollten gerne dartun können - und das können sie nun auch, nicht nur wegen des Korbindikators, sondern wegen vieler Gründe, Herr Köhler hat darauf angespielt -, daß es nicht dasselbe sei, aus dem sie schon zweimal ausgeschieden sind. So ist es eigentlich ursprünglich zu diesem ganzen Korb gekommen. Es war nicht das französische Motiv, Herr Wertz, auf diese Weise - wie haben Sie gesagt? - einen Inflationsfinanzierungsautomatismus anzukurbeln. Das war mit Sicherheit nicht das Motiv meines Freundes Giscard. Da interpretieren Sie ihn falsch. Mit Herrn Köhler habe ich erkennbar aufgleicher Linie gelegen. Herrn Emmingers Zusammenfassung, dafür bin ich dankbar. Was die berühmten letzten beider Zeilen angeht, werde ich nochmals in aller Klarheit sagen. Das, was ich dazu vorhin ausführte, sagte ich in Übereinstimmung mit dem französischen Staatspräsidenten, aber ich bin auch mit ihm ausdrücklich einig, daß das nirgendwo in die Welt posaunt werden darf.

Dr. Emminger:

Die Bezugnahme in dem Bericht des Währungsausschusses ist ja da. Die brauchen wir aber auch nicht irgendwie besonders in die Öffentlichkeit zu ziehen.

Bundeskanzler Schmidt:

Nein, es kommt nicht auf den Vertrag an. Die normative Kraft der Fakten ist entscheidend nachher, und die Fakten setzt entweder der Zentralbankrat oder die Bundesregierung oder beide zusammen im Einvernehmen. Die rechtliche Seite ist nicht so wichtig. Nur, wir waren uns einig, daß natürlich solche Möglichkeit bestehen muß, aber daß man es nicht nach draußen sagen sollte. Von Saldenausgleichsfristen ist schon die Rede gewesen.

Zum Schluß: Ich habe ganz gerne zur Kenntnis genommen, daß meine prinzipiellen politischen Erwägungen, in die das ganze für mich von Anfang an eingebettet war und eingebettet bleibt, außenpolitischen Erwägungen, europapolitischen Erwägungen, hier offenbar keine tiefgreifenden Zweifel ausgelöst haben.

Zweite Schlußbemerkung: Der Anfang dieses neuen Systems ist ungeheuer wichtig. Da können Märkte nervös werden, weil irgendwo ein Finanzminister eine Bemerkung gemacht hat. Um einen skurrilen, aber nicht völlig aus der Luft gegriffenen denkbaren Fall mir vorzustellen: es könnte ein Finanzminister sein in einem anderen Kontinent, der Nervosität auslöst, und meine Bitte ist also, am Anfang die Nerven behalten und sich nicht nervös machen lassen von irgendwelchen Geschichten, die denkbar sind, aber nicht notwendigerweise eintreten müssen.

Dritte Schlußbemerkung: Ich bitte Sie, zu verstehen, ich habe eine politische Position, nicht nur in diesem Land, sondern zweitens in Europa und drittens in der ganzen Welt zu verlieren. Das brauchen Sie hier jetzt nicht zu bestätigen, aber wenn Sie draußen in andere Staaten fahren, in andere Kontinente fahren - Sie brauchen auch nicht Ihren Landesministerpräsidenten zu

veranlassen, daß er das wiederholt, was ich nun sage - dann werden Sie dort sehen, ich habe eine Position zu verlieren. Die hängt am deutschen Stabilitätserfolg, und zwar im weitesten Sinne des Wortes gemessen: Geldwertstabilität, soziale Stabilität, innenpolitische Stabilität, Geldwertstabilität habe ich am Anfang genannt, und mit Absicht. Ich habe nicht die Absicht, diesen Stabilitätserfolg gefährden zu lassen. Ich habe nämlich nicht die Absicht, meine Position zum Opfer zu bringen. Darauf können Sie sich verlassen. Ich bin kein Hasardeur. Ich fühle mich verantwortlich für das Schicksal eines 60-Millionen-Volkes, und ich sage an anderen Orten mit einem gewissen Stolz, daß ich nicht glaube, daß der Stabilitätserfolg, auch was die Geldwertstabilität angeht, seit dem Mai 1973 etwa ausschließlich der Erfolg der Deutschen Bundesbank gewesen sei. Das wäre ohne die Bundesregierung nicht möglich gewesen.

Dr. Emminger:

Diese Illusion habe ich nie gehabt.

Bundeskanzler Schmidt:

Sehr gut. Ich vernehme dies mit großer Freude. Die Bundesregierung hat die Voraussetzungen geschaffen dafür, durch die Lösung vom Dollar, und dann haben wir den gewonnenen Freiraum gemeinsam genutzt; Sie durch monetäre Politik, wir durch Steuerpolitik und budgetäre Politik und außerdem durch Seelenmassage der deutschen Öffentlichkeit. Wir haben ihn gemeinsam genutzt und wir müssen ihn auch gemeinsam bewahren. Ich bin dankbar, daß ich heute nach so viel Jahren Gelegenheit hatte, Ihnen hier einen Besuch zu machen und mich zu revanchieren für die vielen Besuche, die die leitenden Herren der Bundesbank im Kabinett im Laufe der Jahre gemacht haben. Ich bin dankbar für die Diskussion. Ich habe mir hier sieben Seiten Notizen gemacht das wird mir helfen in Brüssel, nächsten Montag und nächsten

Dienstag. Vielleicht soll man mal irgendeine Form von Gegeneinladung erwägen, Herr Emminger. Nicht in dem Sinne, daß Sie in das Kabinett kommen, das tun Sie sowieso relativ regelmäßig, das soll auch so bleiben, sondern vielleicht soll man mal Ihren ganzen Zentralbankrat mit einer Reihe von Regierungsmitgliedern zum Abendessen zusammenbringen oder irgend dergleichen im weiteren Verlauf des Winters, wenn wir die Anfangsnervositäten über das neue Währungssystem hinter uns haben und uns darüber freuen, wie schön das Wetter ist.

Dr. Emminger:

Herr Bundeskanzler, ich will zum Abschluß nicht viel Worte machen. Ich möchte mich noch einmal sehr herzlich im Namen aller Mitglieder des Zentralbankrates bei Ihnen bedanken und ich hoffe sehr, daß auch dieser letzte Gedanke, den Sie eben angedeutet haben mit der Gegeneinladung, einmal zustandekommt. Ich bin sicher, daß wir uns alle sehr darüber freuen würden, und ich möchte vor allem hoffen, daß wir dann schon auf einen guten Anfang des neuen System zurückschauen können. Vielen Dank Herr Bundeskanzler, daß Sie in diesem so wichtigen, ich möchte sagen: historischen Augenblick zu uns gekommen sind.

H. Herth persönlich!

DEUTSCHE BUNDESBANK

2. d. H. Bundesbank # 11/1

DER PRASIDENT

FRANKFURT AM MAIN, 16. November 1978

An den
Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Herrn Helmut Schmidt
Adenauer Allee 144

5300 B o n n

Leitung a. K. 4
Ein Raubzug, auch auf den Anlagen
Betr.: Stellungnahme des Zentralbankrats zum künftigen EWS

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Zentralbankrat hat heute nach ausgiebiger Diskussion die anliegende Stellungnahme (Anlage 1) zu wichtigen Grundlagen des künftigen Europäischen Währungssystems (Anlauf-Phase) beschlossen. Sie betreffen die Verwendung des Währungskorbs als Indikator, die vorläufige Einbringung von 20 % der Gold- und Devisenreserven in den bereits bestehenden "Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit" sowie die Aufstockung des kurz- und mittelfristigen Währungsbeistands in der Anlauf-Phase des EWS. Dieser dritte Punkt, der eine Ermächtigung für die Bundesbankvertreter bei den Verhandlungen mit den EG-Partnern enthält, sollte freilich - damit er als Zugeständnis in einen schließlichen Kompromiß eingebracht werden kann - zunächst sehr vertraulich behandelt werden.

Ich bin zuversichtlich, daß mit diesen Beschlüssen des Zentralbankrats eine gute Grundlage für eine Einigung in der am 20. November in Brüssel beginnenden Endphase der Verhandlungen gegeben ist.

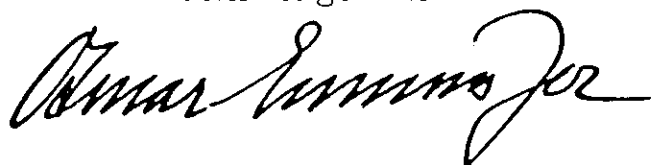
Die Mitglieder des Zentralbankrats haben den in Anlage 1 enthaltenen Beschluß-Vorschlägen unter der Voraussetzung zugestimmt, daß zwischen Bundesregierung und Bundesbank Übereinstimmung hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen und auch hinsichtlich der künftigen Möglichkeit einer vorübergehenden "Aussetzung" (opting out) in besonderen Fällen besteht. Hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen war ein heute eingegangenes Fernschreiben des Herrn Bundesfinanzministers (Anlage 3) sehr hilfreich.

Ich wäre Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, sehr dankbar, wenn Sie mir möglichst bald bestätigen könnten, daß zwischen Bundesregierung und Bundesbank volle Übereinstimmung hinsichtlich der in Anlage 2 enthaltenen Grundsätze besteht.

In der heutigen Sitzung des ZBR wurde von einer Reihe von Mitgliedern der lebhafte Wunsch ausgesprochen, ob Sie nicht den Zentralbankrat bei passender Gelegenheit über die politischen Beweggründe für die Errichtung des Europäischen Währungssystems näher unterrichten könnten, ebenso wie auf unserer Seite der Wunsch besteht, Ihnen unsere allgemeinen währungspolitischen Überlegungen in dieser Frage näher darlegen zu können. Ich möchte mir daher erlauben, Sie - wenn Ihr Terminplan es gestattet - zu der nächsten Sitzung des ZBR am 30. November einzuladen.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener



Anlagen

P.S. Ich habe mir erlaubt, Durchschrift dieses Briefes mit Anlagen an den Herrn Bundesfinanzminister zu senden.

Vertraulich!

B e s c h l u ß

1. Der Zentralbankrat stimmt der Verwendung eines EWE-Abweichungsindikators in dem einschränkenden Sinn zu, wie er in Anlage 2 des Berichts des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten vom 14. November 1978 beschrieben ist, wobei ein Zwang zu Maßnahmen ausgeschlossen ist.
2. Der Zentralbankrat stimmt zu, daß 20 % der Gold- und Devisenreserven während der Übergangszeit fiduziarisch und temporär (z.B. durch Swap-Vereinbarungen) an den Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit gegen Europäische Währungseinheiten übertragen werden, sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind und das Europäische Währungssystem in Kraft getreten ist. In einem mit dem Fonds abzuschließenden Vertrag ist u.a. vorzusehen, daß die Vereinbarung jeweils nach 3 Monaten zu prolongieren ist, und daß die Bundesbank hinsichtlich der Erträge und der Kursrisiken wie bei einer Verpfändung gestellt wird.
3. Der Zentralbankrat ermächtigt die Verhandlungsführer der Bundesbank, einer Aufstockung des kurz- und mittelfristigen Währungsbeistands entsprechend dem Vorschlag des Vorsitzenden des Ausschusses der Notenbankgouverneure zuzustimmen, falls sich dies im Laufe der Verhandlungen als notwendig und zweckmäßig erweisen sollte. Dabei sollte klargestellt werden, daß auf alle Fälle der zu erhöhende mittelfristige Beistand auf später eventuell zu schaffende Kreditfazilitäten gegen Einzahlung nationaler Währungen (EWE II) anzurechnen ist. Der Zentralbankrat geht weiter davon aus, daß es im Falle einer derartigen Aufstockung bei der Laufzeit der sehr kurzfristigen Finanzierung bei 30 Tagen bleibt.

1. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat aus dem Fernschreiben des Herrn Bundesfinanzministers vom 16. 11. 1978 mit Befriedigung entnommen, daß Bundesregierung und Bundesbank darin übereinstimmen, daß eine definitive Regelung für das EWS nur nach Artikel 236 EWG-Vertrag (oder durch einen ratifizierungsbedürftigen internationalen Vertrag) in Betracht kommen kann. Dies betrifft insbesondere auch die Errichtung eines Europäischen Währungsfonds und eine etwaige endgültige Übertragung von Währungsreserven auf diesen.

2. Die Deutsche Bundesbank nimmt ferner zur Kenntnis, daß die Bundesregierung bei der Ingangsetzung des Europäischen Währungssystems nur solchen Regelungen nach Artikel 235 EWG-Vertrag zustimmen wird, die die Autonomie der Deutschen Bundesbank gewährleisten. Sie geht auch davon aus, daß der Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit in der Übergangszeit keine Verfügungs- und Verwaltungsbefugnis über die beim Fonds eingebrachten Währungsreserven erhält.

Was bedeutet dies?

3. Die geldpolitische Autonomie der Bundesbank kann in besonderer Weise gefährdet werden, wenn sich bei starken Ungleichgewichten im künftigen EWS übermäßige Interventionsverpflichtungen ergeben, durch welche die innere Geldwertstabilität bedroht wird. Dies würde die Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe der Bundesbank unmöglich machen.

z. -
in. d. Euro
für US & J
Interventionen

Die Bundesbank geht, unter Hinweis auf mehrfache mündliche Zusicherungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesfinanzministers, davon aus, daß die Bundesregierung in einem solchen Falle die Bundesbank vor einer derartigen Zwangslage bewahrt, entweder durch eine Korrektur der Paritäten im EWS oder erforderlichenfalls auch durch eine mindestens vorübergehende Entbindung von der Interventionspflicht.

z. -
des / pag-
Sitz / 05
letzte werden

Zeilen eintrags zu fixieren zweckmäßig ist !?

41227a bbkf dt

Anlage 3

41227a bbkf d

886645z bmf d

fsnr. 262

16.11.1978

0830 uhr.=

hans matthoefer

bundesminister der finanzen

bonn 16.november 1978

an den

praesidenten der deutschen bundesbank

herrn dr. otmar emminger

f r a n k f u r t a.main

e i l t

sehr geehrter herr praesident,

ich komme auf unser gespraech beim herrn bundeskanzler
am 7.11.1978 ueber rechtliche fragen im zusammenhang mit der schaf-
fung eines europaeischen waehrungssystems, insbesondere zur proble-
matik des artikels 235 ewg-v. zurueck.

ich moechte ihnen versichern, dasz die bundesregierung mit der
bundesbank darin uebereinstimmt, dasz eine definitive regelung
fuer das ewv nicht auf der grundlage des artikels 235 ewg-v in
betracht kommt. diese bedarf vielmehr eines zwischenstaatlichen ver-
trages (nach art. 236 ewgv oder durch ein abkommen analog
i.w.f.) dieser zwischenstaatliche vertrag bedarf dann des
parlamentarischen konsensus benso wie eine evtl. notwendig
werdende aenderung des bundesbankgesetzes.
ferner wird die bundesregierung bei der ingangsetzung
des europaeischen waehrungssystems mit solchen regelungen
nach artikel 235 ewg-v zustimmen, die die autonomie der
deutschen bundesbank gewaehrleisten.

mit freundlichen grueszen.

hans matthoefer+

ueberm am 16.11. 0840 uhr

41227a bbkf d

886645z bmf dt